

# **b** unabhängige **auernstimme**



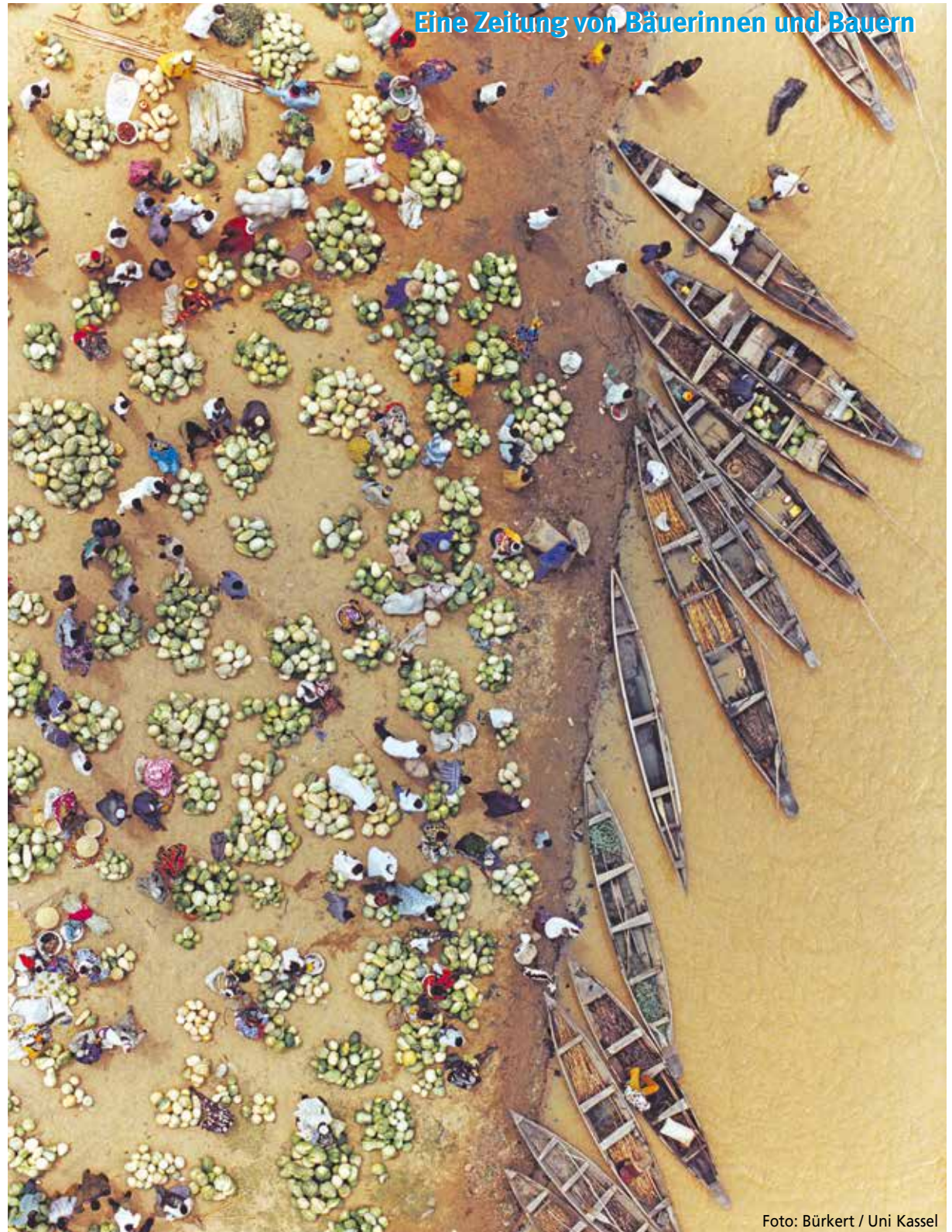
International nehmen Unternehmen großen Einfluss auf die Entwicklung von Landwirtschaft und Ernährung und greifen in politische Prozesse ein.



Die Nutzung von gentechnisch veränderten Pflanzen und geklonten Tieren stößt in Europa auf Widerstand. Eine klare politische Weichenstellung fehlt.



Die Milchbauern wollen den Markt gestalten, Tierwohl erfährt viel Zuspruch und die Diskussionen um die zukünftige Agrarkultur ist aller Orten in vollem Gang.



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Bürkert / Uni Kassel

## **Märkte gestalten**





**Die Seite 3**

Schmidt zuckt - mehr nicht ..... 3



**Agrarpolitik**

Ist die Bio-Kuh vom Eis? ..... 4

Landkonzentration im Blick ..... 5

Tierwohl auf der Warteliste ..... 10

„Klonfood“ in der politischen Debatte ..... 16



**Milch**

Der Markt richtet es nicht ..... 6



**Bewegung**

Artrgerecht in München ..... 7

Ma(h)lzeit für gutes Essen ..... 8

Mehr Land für Biohöfe ..... 17



**Schwerpunkt**

Handelspolitik schafft Agrarmärkte für wenige ..... 11

Konzerninteressen auf die Spitze getrieben ..... 12

Demokratische Fallstricke in Handelsabkommen ..... 13

Us-Schweinehaltung: Tierschutz- und Umweltdumping ..... 13

Mehr Milchpulver für den Weltmarkt ..... 14



**Weitere Themen**

Zu Besuch bei Alice de Villele und Helge Siems, Seite 9; Aus fernen Ländern, Seite 18; Leguminosen, Seite 19; Lesen, Seite 20; Anzeigen, Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



# Bäuerliche Landwirtschaft sichern

Der weltweite Aufkauf von Land durch Kapitalgesellschaften und Investoren findet zunehmend auch in Europa statt. Das macht eine neue Studie, erstellt im Auftrag des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments, zum Thema Landnahme („landgrabbing“) deutlich. Die Konsequenzen des Phänomens sind heute bereits in Rumänien sichtbar: Zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche sind in der Hand außereuropäischer und weitere 20 bis 30 Prozent gehören europäischen Investoren. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch in anderen Mitgliedstaaten. Die Studie stellt fest, dass die Landverteilung in Europa genauso ungerecht bzw. sogar noch ungerechter ist, als wir es von Brasilien, Kolumbien und den Philippinen kennen.

In den ostdeutschen Bundesländern wird deutlich, dass die Kontinuität agrarindustrieller Strukturen, wie sie der Sozialismus begründet und die Politik nach dem Mauerfall bewusst nicht verändert hat, nun zum Nährboden von Landgrabbing wird. Außerlandwirtschaftliche Investoren suchen nach großen Investitionsobjekten wie LPG-Nachfolgeunternehmen, die aufgrund des sich vollziehenden Generationswechsels heute häufig keine Angestellten für die Leitung der Betriebe mehr finden. Dies führt zu einer immer weiter voranschreitenden Landkonzentration. Nicht selten wird dies von den politisch Verantwortlichen zumindest toleriert, anstatt einer Stärkung bäuerlicher Landwirtschaft mit einer breiten Eigentumsstreuung und regionaler Wertschöpfung den Weg zu ebnen.

In Afrika haben die G7-Staaten die „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“ ins Leben gerufen. In einer privat-öffentlichen Partnerschaft mit afrikanischen Staaten sollen finanzkräftige Investoren durch sichere Rahmenbedingungen in die afrikanische Landwirtschaft gelockt werden. Es besteht die Gefahr der Landkonzentration und des Exportanbaus. Beides bedroht die Nahrungsmittelproduktion der lokalen Bevölkerung. Der Zugang zu Land für Kleinbäuerinnen und -bauern wird eingeschränkt und ihnen wird somit die Lebensgrundlage entzogen. Ernährungssouveränität entsteht so nicht.

Auch das Freihandelsabkommen TTIP trägt vor allem die Handschrift multinationaler Konzerne. Auch hier bleiben bäuerliche Strukturen, aber ebenfalls die Interessen der Verbraucher und vieler Arbeitnehmer, dies- und jenseits des Atlantiks, auf der Strecke. Zum Glück wehrt sich die Zivilgesellschaft, darauf muss die Politik reagieren.

Die Konzentration von Landbesitz, der Einstieg von Konzernen in politische Entscheidungsprozesse, eine Politik, die der Agrarindustrie in die Hände spielt, zerstört bäuerliche Landwirtschaft und damit kulturelle und biologische Vielfalt sowie Regionalität, Arbeitsplätze auf dem Land und eine qualitativ hochwertige Produktion von Lebensmitteln sowie einen schonenden Umgang mit unserer Umwelt. Die europäische Agrarpolitik unterstützt diese Entwicklung, weil sie ihre Prämienzahlungen nach wie vor zum Vorteil großer, durch-rationalisierter Betriebe ausgestaltet hat. Das muss sich ändern. Wir wissen um die Qualität bäuerlicher Landwirtschaft, und wir kennen genügend politische Instrumente, um sie zu stärken. Die Studienautoren unterstreichen dies mit ihren Empfehlungen für eine umfassende und an den Menschenrechten orientierte EU-Gesetzgebung zur Bodenpolitik. Nun braucht es den Mut, die Durchsetzungsfähigkeit und vor allem den politischen Willen, wirksame Maßnahmen auch einzusetzen.

Maria Heubuch,  
Milchbäuerin im Allgäu und Mitglied des Europäischen Parlaments

**Zum Titelbild:**

Die Luftaufnahme eines Gemüsemarktes in Boubon (Niger) ist mit Hilfe eines selbstgebauten, 5 qm großen Fesseldrakens aus etwa 500 m Höhe entstanden. Niger war neben Schweden und China eines der drei Fallstudienländer zur Überprüfung eines Modells für sozial-ökologische Veränderungsprozesse. Entwickelt wurde dieses von einem Forscherteam, an dem auch der Fotograf Andreas Bürkert, Professor für ökologischen Pflanzenbau und Agrarökosysteme in den Tropen und Subtropen, beteiligt ist. cw

# Schmidt zuckt – mehr nicht

Zu Gentechnik-Anbauverboten legt das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) einen überarbeiteten Gesetzentwurf vor

Zur Umsetzung der von der EU stark erweiterten Möglichkeiten, auf nationaler Ebene Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen zu erlassen, veröffentlichte Anfang Juni das Bundesumweltministerium zwei Rechtsgutachten, die es zusammen mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Auftrag gegeben hatte. BfN-Präsidentin Prof. Beate Jessel stellte die Ergebnisse in einer Anhörung im Bundestag vor: „Das Ziel, ein vollständiges Anbauverbot und ein einheitliches Schutzniveau gegen Risiken und schädliche Auswirkungen von GVO in ganz Deutschland durchzusetzen, lässt sich formal und inhaltlich konsequent nur durch eine bundeseinheitliche Regelung verwirklichen.“ Eine konsistente Begründung sei notwendig, da ansonsten unterschiedliche Gründe für Anbauverbote auf Landesebene gegeneinander ausgespielt werden könnten. Auch aus Effizienzgründen sei eine einzige konsistente Regelung besser geeignet als sechzehn verschiedene Landesregelungen.

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt reagierte und gab – auch Anfang Juni – einen überarbeiteten zweiten Entwurf zur Änderung des Gentechnikgesetzes in die Ressortabstimmung. Die AbL bezeichnete den Entwurf als inakzeptabel, da es „für den Bund nur eine unverbindliche Möglichkeit“ gebe, auch zu verbieten. Vorrang für Verbote sollen weiter die

Bundesländer haben. Auch Bundesumweltministerin Hendricks und die SPD äußerten Ablehnung und geben nationalen Verboten weiterhin den Vorzug. Die sechs Grünen-Länderagrarminister veröffentlichten ein weiteres Rechtsgutachten und forderten bundeseinheitliche und durch den Bund umgesetzte Verbotsregelungen.

Eine AbL-Analyse zeigt, dass der zweite BMEL-Gesetzentwurf weiterhin zu einem Anbauflückenteppich führen würde. Zwar kann nun auch der Bund Anbauverbote erlassen – allerdings darf er dies nur nach erteilter europaweiter Anbauzulassung (Phase zwei). Anbaueinschränkungen während des Zulassungsprozesses zu erbitten (Phase eins), soll dagegen nach dem Gesetzentwurf weiterhin nur den Bundesländern erlaubt sein. Aber auch in Phase zwei wird der Bund im Gesetzestext lediglich in einem isolierten, nachrangigen Absatz erwähnt. Den Bundesländern will Schmidt weiter die vorrangige Zuständigkeit zuschieben. Zudem gibt es weder klare Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern noch eine Verpflichtung, tätig zu werden, und auch kein Kontrollgremium. Chaos im Zuständigkeitsdickicht der Regelung ist vorprogrammiert und einem Flickenteppich von unterschiedlichen Regelungen im Bundesgebiet würde damit weiter Vorschub geleistet. Damit wird die von Minister

Schmidt postulierte Rechtssicherheit gerade konterkariert. Neu ist im Gesetzentwurf die Einrichtung eines „Anbauausschusses“ aus 20 Mitgliedern. Er soll darlegen, inwieweit Verbotsgründe vorliegen und eine Empfehlung an die Bundes- und Landesbehörden abgeben. Diese Empfehlungen, die bei Unstimmigkeiten durch weitere Stellungnahmen der Ausschussmitglieder ergänzt werden können, müssen jedoch nicht umgesetzt werden. Das könnte ein Einfallstor für mögliche Klagen sein. Ein Austausch zwischen Bund und Ländern zu dieser Thematik ist sinnvoll, ist aber bereits im Gentechnikgesetz vorgesehen und auch Praxis. Diese Wege sind zu optimieren, so dass mögliche Gründe für bundeseinheitliche Verbote zusammengestellt und diese dann von der Bundesregierung erteilt werden. Minister Schmidt kann sich bei seinem

Handeln des Rückhalts von Bundeskanzlerin Merkel und der gentechnikfreundlichen Forschungsministerin Wanka gewiss sein. Mit diesem Rückenwind verteidigt er seinen Gesetzentwurf. Bund und Länder hätten eine „gemeinsame wichtige Gestaltungsaufgabe“. Die Grünen-Länderagrarminister würden mit ihrem Vorstoß den Eindruck erwecken, dass sie sich aus der Verantwortung ziehen wollen. Aktuell haben fünf Bundesländer einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, den sie am 10. Juli in den Bunderrat einbringen wollen. Danach soll der Bund Anbauverbote verantwortlich regeln. Aus Sicht der AbL ist es notwendig, alles daran zu setzen, die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft und den Schutz der Umwelt sicherzustellen.

*Annemarie Volling,  
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*



Gentechnik wäre hier ganz schnell überall - das weiß auch die Kanzlerin Foto: Stephan/Bl

## Die Gentechnikkanzlerin

In den Medien wird gegrübelt, wer sich innerhalb der Bundesregierung im heftigen Streit um nationale Verbotsmöglichkeiten beim Gentechnikbau durchsetzen wird. Ist es Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt (CSU), der vorgibt, die rechtssicherste Möglichkeit wären regionale Verbote in Verantwortung der Bundesländer? Oder ist es Bundesumweltministerin Hendricks (SPD), die bundesweite Verbotsmöglichkeiten in Verantwortung der Bundesregierung will?

Wenn Minister Schmidt den Bundesländern oder gar den Regionen die Verantwortung zuschieben möchte, soll er sich die neuesten vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten zum Gentechnikgesetz genau durchlesen, vor allem aber das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2010. Die Verfassungsrichter sehen bei dem Thema Gentechnik klar die Zuständigkeit des Bundes: Die Bundesregierung habe hier die „Kernkompetenz“, alles andere führe zur „Zersplitterung des Gentechnikrechts“. Da nützt es nichts, wenn Schmidt in einem aktuell überarbeiteten Gesetzesentwurf nun auch dem Bund einige Verbotskompetenzen zugestehen will, ohne das eigentliche Problem – den möglichen Flickenteppich – klar anzugehen und auszuschließen.

Die Frage der Rechtssicherheit mag für juristische Seminare interessant sein – in Berlin wird die Gentechnikverbotsfrage aber nicht rechtlich, sondern politisch entschieden. Minister Schmidt agiert, ob nun auf Anweisung oder im vorseilenden Gehorsam, bisher ganz im Sinne seiner Chefin. Die Würfel über Gentechnikverbote fallen im Zentrum der Macht, bei der Bundeskanzlerin Merkel. Nicht umsonst verläutet aus hohen CSU-Kreisen, dass die Strategie des Abschiebens der Verantwortung auf die Bundesländer von ganz oben aus der CDU komme.

Erinnern wir uns: Die Kanzlerin wurde in der Vergangenheit nicht müde, stets den Hunger in der Welt zu bemühen, um ihre gentechnikfreundliche Haltung zu untermauern. Das Scheinargument wird auch durch Dauerverwiederholung nicht richtiger.

Offensichtlich wurde Merkmals Einflussnahme, als 2014 das greifbare Verbot des Gentechnikmais 1507 auf EU-Ebene scheiterte, weil die Kanzlerin intervenierte und die Bundesregierung mit Enthaltung stimmte. Aktuell hält sich die Kanzlerin in der Verbotsdebatte öffentlich bedeckt. Stattdessen lässt sie ihre engste Gentechnikverbündete im Bundeskabinett, Forschungsministerin Wanka, in Interviews gegen ein Gentechnikverbot wettern. Wanka sieht die Freiheit der Forschung gefährdet, den Wirtschaftsstandort Deutschland bedroht und überhaupt dürfe die Politik den Ängsten der Bevölkerung nicht ohne weiteres nachgeben. „Wir dürfen nicht gleich die Fahne einrollen, wenn es schwieriger wird“, so die Ministerin. Gut geheut.

Das gentechnikfreundliche „Machtduo“ Merkel/Wanka versucht alles, um ein bundesweites, flächendeckendes Anbauverbot zu verhindern. Wenn schon Verbote, dann nur als Flickenteppich, der bald möglichst viele Löcher bekommen soll, von denen aus sich gentechnisch veränderte Pflanzen ausbreiten können. Merkel ist bekannt für solche Strategien. Nur bei starkem öffentlichem Druck dreht sie bei. Die kritische Gentechnikbewegung verfügt über jahrzehntelange politische Erfahrung und ist erfolgreich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung in Stadt und Land unterwegs. Sie arbeitet auf hohem inhaltlichem Niveau. Sonst hätte sich der Gentechnikbau auf den Äckern unter Schützenhilfe von Bauernverbandsspitze und Agrarindustrie längst durchgesetzt und die Kanzlerin hätte den Gentechnikteppich für die Konzerne ausgerollt. Dem stellen wir die wirtschaftlichen Interessen der Bäuerinnen und Bauern, der vielen handwerklichen, kleinen und mittleren Betriebe der Lebensmittelwirtschaft und nicht zuletzt den klaren Wunsch der Zivilgesellschaft entgegen. Ermutigend, dass der Lebensmitteleinzelhandel zunehmend bewusst auch auf gentechnikfrei erzeugte tierische Lebensmittel setzt. Schön, dass die AbL nicht außen vor, sondern auch bei dieser Auseinandersetzung politisch mittendrin steht. Weiter machen!

*Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer*



# Ist die Bio-Kuh vom Eis?

Verpflichtende Rückstandsuntersuchungen für Bioprodukte in der EU-Verordnung scheinen vom Tisch

Die Szene atmet auf. Nachdem nun der EU-Ministerrat seinen Beschluss zum Kommissionsvorschlag für eine neue EU-Ökoverordnung gefasst hat, sei, so der Tenor der Bioverbände, aber auch des Bauernverbandes und der meisten Politiker, das Schlimmste verhindert. Zwar gebe es immer noch erheblichen Nachbesserungsbedarf, beispielsweise hinsichtlich der Kommissionsidee, künftig bei Importen aus Nicht-EU-Ländern als Anerkennunggrundlage exakt die Regelungen der EU-Ökoverordnung anzuwenden und nicht mehr wie bisher nach einem Gleichwertigkeitsprinzip zu verfahren. Das viel größere Problem jenseits der Definition von Standards sei jedoch deren Durchsetzung und Kontrolle bei Importen, erläuterte Martin Häusling, Abgeordneter für die Grünen im Europäischen Parlament und Berichterstatter zur EU-Ökoverordnung. „Ich will nicht sagen, dass die Kontrolle bei Importen aus Drittländern gar nicht funktioniert, aber es gibt erhebliche Schwachstellen“, sagte er in Berlin auf einer Informationsveranstaltung zu dem von ihm zur EU-Ökoverordnung verfassten Bericht, der allein über 300 Änderungsanträge beinhaltet. Noch mal mehr als 900 gibt es von anderen Parlamentariern und alle müssen nach der Sommerpause im Agrarausschuss abgestimmt werden.

## Kontrolldefizite

Häusling will die Defizite in der Kontrolle, die aus seiner Sicht vor allem in mangelnder Kommunikation und mangelnder Transparenz hinsichtlich von Warenströmen begründet liegen, durch die Einrichtung einer EU-Ökoagentur beheben. Allerdings ist in europäischen Institutionen gerade Bürokratieabbau das Lieblingsthema, wohl auch deshalb hat sich EU-Agrarkommissar Phil Hogan schon ablehnend zu einer solchen neuen Amtsstube geäußert. Häusling möchte auch betriebliche Tierzahlbergrenzen und fordert die Branche auf, sich damit auseinanderzusetzen, was für eine Produktion man wolle und was die Gesellschaft fordere. Während die Bioverbände da eher den Kopf einziehen und wegsehen, lehnt der Bauernverband klar ab.

Aber zurück zum Schlimmsten, in diesem Fall dem Ansinnen der EU-Kommission, neben der bislang üblichen Prozesskontrolle im ökologischen Landbau Rückstandsuntersuchungen für Ökoproducte einzuführen, die bei Überschreitungen der Pestizidgrenzwerte für

Babykost eine Biovermarktung untersagen würden. So etwas gibt es schon in einzelnen Mitgliedsstaaten wie Italien und Belgien. Die Kommission argumentiert mit dem Verbraucherwunsch nach Rückstandsfreiheit besonders in Bioprodukten, die Verbände – vor allem allerdings war dies eine Debatte in Deutschland – dagegen mit dem Unterminieren der eigentlichen Idee des Ökolandbaus vom grundsätzlich pestizidfreien Anbausystem, dessen Mehrwert nicht darin liege, dass am Ende das Produkt chemiefrei sei. Der Bundesverband der ökologischen Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) postulierte die unzulässige Umkehrung des Verursacherprinzips, wenn dem Biobauern aufgebürdet würde, dafür zu haften, dass sein konventioneller Nachbar spritze. Bei so einer Argumentation kann auch der Bauernverband mitgehen. Was wäre aber gewesen, wenn die Argumentation des BÖLW gewesen wäre: Grenzwerte ja, aber mit Verursacherprinzip wie bei der Gentechnik? Ein „interessanter Gedankengang“ sei es, sagte Martin Häusling in Berlin, wenn der konventionelle Bauer verantwortlich gemacht werden könne. Meist sei ein Schaden ja auch mit einem Verursacher in Verbindung zu bringen. Aber dann war der Gedanke auch schon wieder weg, spätestens als Wolfram Diemel vom deutschen Bauernverband auf der Veranstaltung anmerkte: „Wir sollten aus der Wording-Falle Rückstandsfreiheit rauskommen, die uns die Kommission gestellt hat.“ Alexander Beck vom BÖLW warnte geradezu davor, die jüngst wieder veröffentlichten positiven Ergebnisse des Rückstandsmonitorings für Ökoproducte, welches in Deutschland einzig das Land Baden-Württemberg durchführt, zu feiern. Damit, so Beck, verfallt man auch in den Fehler, den Ökolandbau auf das rückstandsfreie Produkt zu reduzieren und – mehr noch – im Umkehrschluss zu sagen, alles was frei von Rückständen sei, sei Bio. Letzteres hatte aber weder die EU-Kommission getan, noch dies öffentlich so wahrgenommen.

## Kostenfalle

„Mit der Einführung der EU-Bioverordnung wurde Bio auf Grundlage der bestehenden Verbandsrichtlinien europaweit definiert und der Produktionsprozess kontrolliert“, sagt Bio-Kontrollleur Hartmut Thiel. „Die Rückstandsproblematik stand dabei nicht im Fokus.“ Trotzdem wurde und wird immer



Eins ist sicher: Kokos und Rosinen im Ökomüsli sind Importwaren

Foto: Stephan/BLE

schon ein Teil der Produkte stichprobenartig von den Kontrollstellen beprobt. Die erheblichen Kosten für die inzwischen analytisch hoch spezialisierten Verfahren legen die Kontrollstellen auf die Betriebe um. Wenn Rückstände gefunden werden, kommen unter Umständen zur Vermarktungssperre weitere Kosten wie Analysekosten oder Stichprobenkontrollen auf den betroffenen Betrieb zu. Viel Geld, das jetzt schon von Bauern, Vermarktern und Kontrollstellen in Deutschland aufgebracht werden muss, ohne dass die Ursache der Rückstände aufgeklärt und beseitigt wird, hier ebenso wenig wie beim Beproben der Vermarktungsprodukte z. B. vom Naturkostgroßhandel im Rahmen des BNN-Monitoring oder vom konventionellen Lebensmitteleinzelhandel. Im Zweifel wird der Lieferant ersetzt, die Konkurrenz ist groß. Es gilt als offenes Geheimnis, dass – um Preise zu drücken – deutsche Verarbeiter Bauern im Ausland dazu anhalten, auf Ökolandbau umzustellen. Da wird sicher billiger produziert und meist weniger kontrolliert. Es reiche schon das Gerücht, so Jörn Sanders vom Thünen-Institut auf einer Veranstaltung der niedersächsischen Marketinggesellschaft zu Perspektiven des Ökolandbaus, dass in Rostock bald ein Schiff aus Litauen mit Ökogetreide festmache, um den Preis negativ zu beeinflussen. Auf derselben Veranstaltung sagte Volker Krause, Inhaber der Bohlsener Mühle, dass der Markt funktioniere und gleichzeitig Marktstrukturen zerstöre auf Grund geringer Preisstabilität und hoher Importanteile auch aus Ländern, von denen man sehr wohl wisse, dass die Kontrolle nicht immer so funktioniere wie bei uns. Über die Entwicklung professioneller

Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen habe der Austausch mit den Bauern, den Erzeugern vor Ort – „das, woran wir gemeinsam arbeiten“ – gelitten.

## Wohin?

Das, woran wir gemeinsam arbeiten, müsste auch eine Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft sein, die durch die Übernahme von Verantwortung durch Verursacher entstehen kann. Dann müssten Biobauern weder Kosten für Rückstandsuntersuchungen fürchten noch Vermarktungsverbote (in einer kleinstrukturierten Südtiroler Gemeinde versucht ein breites Bündnis gegen den Widerstand der konventionellen Obstbauern Pestizide zu verbieten, auch weil Ökobauern hier praktisch nichts Unbelastetes mehr produzieren können) oder zweifelhafte Billigkonkurrenz (Skandale mit unerlaubten Verunreinigungen in den letzten Jahren handelten meist von Importware) und auch keine Ökopremienkürzungen, weil ihnen Flächen wegen nachbarlicher Pestizidabdrift aberkannt wurden. Seit in Bayern und Rheinland-Pfalz die Aberkennung des ganzen Betriebs droht, wenn ein Spritzschaden auf einer Biofläche gefunden wird, ist die Zahl der Meldungen von Abdrift bei den Öko-Kontrollstellen drastisch gesunken. Ob die EU-Kommission diese Übernahme von Verantwortung durch die konventionelle Landwirtschaft wollte, als sie verpflichtende Rückstandsuntersuchungen in den Verordnungsentwurf geschrieben hat, sei dahin gestellt. Mit ihnen wäre das nicht automatisch Realität geworden, sondern hätte hart erarbeitet werden müssen. Ohne sie wird sich gar nichts ändern, schon gar nicht der ökonomische Druck auf die Biobauern.

# Landkonzentration im Blick

EU-Studie zum Landgrabbing in Europa

**E**s sind Zahlen, die aufhorchen lassen und doch schon länger bekannt sind: In der EU sind 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Hand der knapp drei Prozent flächenstärksten Betriebe. Veröffentlicht wurden die Daten aus dem Jahr 2010 aktuell in einer englischsprachigen Studie zum „Ausmaß des Landgrabbing in der EU“, die vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EU-Parlamentes beauftragt wurde. Die AutorInnen weisen zur Verdeutlichung darauf hin, dass „das Maß der Ungleichverteilung von Land in der EU gleich oder sogar höher ist als in Ländern, die bekannt sind für höchst ungleiche Verteilungsmuster wie Brasilien, Kolumbien und die Philippinen“. In hohem Maß an sich schon problematisch, sind Landkonzentrationsprozesse nach Erkenntnissen aus der Studie zudem wesentlich mit dem Phänomen des Landgrabbing, dem großflächigen Aufkauf von Land, verknüpft, weil sie diesem vielfach vorausgehen. Beim wird politische Bedeutung zugemessen, weil ähnliche negative Wirkungen festzustellen sind, insbesondere auf die Ernährungssicherung bzw. -souveränität, auf Arbeitsplätze und Dynamik im ländlichen Raum sowie auf die ökologische Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung.

## Deutschland als Ziel und Akteur

In Deutschland konzentrieren sich 55,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Hand der 11,2 Prozent größten Betriebe. Als prominentes Beispiel für großflächigen Landbesitz in Deutschland ist in der Studie das Landwirtschaftsunternehmen KTG Agrar mit Geschäftssitz in Hamburg und 45.000 Hektar in Ostdeutschland und Litauen aufgeführt. Umfassender noch sind die von Deutschland ausgehenden Landkäufe. Nach Informationen aus der Land-Matrix-Datenbank der International Land Coalition wurden seit

März 2015 in Litauen 8.000 Hektar und in Rumänien 4.700 Hektar aufgekauft. Hinzu kommt zum Teil eine deutsche Beteiligung über Fonds oder Aktivitäten von Unternehmenstöchtern oder -beteiligungen in anderen Ländern. Deutlich wird, dass die stärkste Landkonzentration in osteuropäischen Ländern zu verzeichnen ist. Dies wird auf die Privatisierungsprozesse nach dem Ende der Sowjetunion zurückgeführt, die „dualistische Agrarstrukturen hervorgerufen haben, in denen Landnutzung sowohl höchst konzentriert als auch höchst kleinteilig stattfindet“. Gerade auch in Ostdeutschland wurde nicht nur die historische Chance nach dem Mauerfall verpasst, die durch Kollektivierung geschaffenen Großstrukturen aufzulösen. Diese wurden politisch bewusst beibehalten und durch eine einseitig auf Großbetriebe ausgerichtete Vergabepraxis bei der Privatisierung des entstandenen staatlichen Landbesitzes noch weiter fortgeführt.

## Land als Ressource managen

Im Interesse einer breiteren Eigentumsstreuung und des Erhalts von weniger kapitalintensiven Klein- und Familienbetrieben regen die Studienautoren an, von der reinen Betrachtung von Land als handelbares, zum Finanzkräftigsten wanderndes Gut zu einem gemeinsam geregelten Umgang mit einer endlichen natürlichen Ressource überzugehen. Als Grundlage könnten die menschenrechtsbasierten UN-Leitlinien zu Landnutzungsrechten dienen. Weiterhin werden Anpassungen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik angemahnt, um bestehende Anreize für Konzentrationsprozesse zu verhindern: Kappung der Direktzahlungen, um den linear ansteigenden Kapitalzufluss zu verhindern, sowie die volle Ausschöpfung der Aufschlagsmöglichkeit für die ersten Hektare, um die vorhandenen kleinen Strukturen stärker zu unterstützen. *cw*

## TTIP: Oppositionelle Politiker auf Abwegen

Die Wirtschaftsminister aus Bund und Ländern haben sich auf ihrer jüngsten Konferenz in Hamburg einstimmig für TTIP ausgesprochen und auch den fertigen Vertrag des EU-Kanada-Abkommens CETA nicht abgelehnt. Besonders erstaunt das einhellige Ergebnis, denn Hessen und Rheinland-Pfalz werden von den Wirtschaftsministern Tarek Al-Wazir und Eveline Lemke der Grünen-Partei vertreten. Die Partei hat sich u. a. mit den Linken bisher sehr kritisch gegen TTIP und CETA geäußert. Für die Bundesländer Thüringen und Brandenburg sind zwar Wirtschaftsminister der SPD vertreten, aber die Länder regieren gemeinsam mit den Linken, die nun klare Kante zeigen müssen. In dem Beschluss ist festgehalten, dass Konzernen weiterhin Klagerechte gegen Staaten eingeräumt werden sollen mittels eines europäisch-amerikanischen Handelsgerichtshofes. Das Bekenntnis in dem Beschluss, nämlich die landwirtschaftlichen Standards erhalten zu wollen, passt nicht damit zusammen, dass das strittige Instrument der „regulatorischen Kooperation“ weder kritisiert noch erwähnt wird. Denn damit werden Standards künftig abgeschmolzen. *bet*

## Niederländische Schweinehalter gegen TTIP

Als desaströs für die Schweinebranche bezeichnet Ingrid Jansen als Vorsitzende des niederländischen Schweinehalterverbands NVV ein mögliches TTIP-Freihandelsabkommen. Sie verwies laut Infodienst „Boerderij“ auf die viel geringeren Standards in der US-Schweinehaltung. *en*

## CIBUS-Raps nicht unkontrolliert freisetzen

In einem aktuellen Schreiben an die Behörden der EU-Mitgliedsstaaten stellt die EU-Kommission klar, dass die Freisetzung von Pflanzen, die mithilfe von so genannten Oligonukleotiden hergestellt wurden, bis auf weiteres möglichst zu unterlassen sei. Sie verweist darauf, dass es illegal sei, gentechnisch veränderte Pflanzen ohne Genehmigung freizusetzen. Damit richtet sich die Kommission gegen einen umstrittenen Bescheid des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zum Gentechnikraps der US-Firma Cibus. Im Februar hatte das BVL der Firma Cibus versichert, dass ihr Raps nicht dem Gentechnikgesetz unterliege. Das Kommissionsschreiben stützt die Position von 16 Verbänden, die Widerspruch gegen den BVL-Bescheid eingelegt hatten. Anfang Juni wies das BVL den Widerspruch zurück. Somit könnte der Raps schon in diesem Jahr ohne Risikoprüfung und Zulassungsverfahren, aber auch ohne Kennzeichnung und Rückholbarkeitsmöglichkeiten, ausgesät werden. Kritiker prüfen derzeit eine Klage, um die Freisetzung und die damit mögliche Verunreinigung der Lebensmittelkette und der Umwelt zu verhindern. Zudem fordern sie Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) auf, den BVL-Bescheid aufzuheben. Die EU-Kommission kündigte an, bis Ende des Jahres über den rechtlichen Status einiger neuen Züchtungstechnologien zu entscheiden. *av*

## Rechte von Vertriebenen

Der UN-Sozialausschuss zur Bewertung der Menschenrechtssituation drängt die ugandische Regierung „sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um dafür zu sorgen, dass die Rechte der Mubene-Gemeinschaft wiederhergestellt werden, genauso wie die aller anderen gewaltsam vertriebenen Gemeinschaften“. Im Mubene-Bezirk waren 2001 Menschen aus vier Dörfern von der ugandischen Armee vertrieben worden. Die Regierung hatte das Land an die Kaweri-Kaffee-Plantage verpachtet, eine Tochterfirma der Neumann-Kaffee-Gruppe in Hamburg. Seit dieser Zeit begleitet FIAN Deutschland den Fall, bei dem es um mehr als 2.000 Menschen geht und unterstützt diese dabei, ihre Rechte einzufordern. Nach elf Jahren sprach das zuständige ugandische Gericht 2013 ein Urteil zugunsten der Vertriebenen. Berufungsverfahren dauern an. Der UN-Ausschuss äußert sich ebenfalls besorgt „über den Fall (...) und über die Tatsache, dass bisher die juristisch zugesprochene Entschädigung (...) nicht die Wiederherstellung der Landrechte beinhaltet“. Der ugandischen Regierung wurde nahe gelegt, die Landrechte entsprechend der freiwilligen UN-Leitlinien zur Landnutzung festzustellen und zu berücksichtigen. *cw*



Bündnis junge Landwirtschaft gegen Bevorzugung von Großbetrieben beim Landverkauf Foto: BJL



# Der Markt richtet es nicht

Milchbauern fordern gemeinsame Marktregeln zur Krisenbewältigung

## Klimaschutz auf Höfen

Am 10. Juni fand auf dem nordrhein-westfälischen Biobetrieb Kornkammer Haus Holte ein Klima-Feldtag statt. Der

Betrieb ist einer von zwölf Demonstrationsbetrieben des europäischen Verbundprojektes SOL-MACC, bei dem es um Strategien für Bio- und Low-input Landwirtschaft zur Entschärfung und zur Anpassung an den Klimawandel geht. Begleitet von WissenschaftlerInnen und BeraterInnen testen Bäuerinnen und Bauern in Italien, Schweden und Deutschland unterschiedliche klimafreundliche Anbaumethoden. Landwirtschaft hat einen Anteil von rund 14 Prozent an den globalen Treibhausgasemissionen.

Von einem Beitrag ist auch der Ökolandbau nicht frei, selbst ein Ausgleich durch die Einlagerung und langfristige Speicherung von CO<sub>2</sub> in der Humussubstanz ist nach aktuellen Erkenntnissen mit Ackerbau nur schwer möglich. Aber es besteht das Bestreben möglichst weitgehend umwelt- und klimafreundlich zu wirtschaften. In den vier Bereichen Betriebliches Nährstoffmanagement, Fruchtfolge, Reduzierte Bodenbearbeitung und Agroforstwirtschaft werden auf die Betriebssituation abgestimmte Optimierungen umgesetzt, deren Ergebnisse anschließend allen interessierten Bauern und Bäuerinnen zur Verfügung stehen. Im Fall der viehlosen Kornkammer Haus Holte wird z.B. der anfallende erste Rotkleeaufwuchs vor dem Drusch zur Saatgutgewinnung energetisch in einer Biogasanlage genutzt. cw

Klare und bittere Worte folgten aus dem Saal auf die herausfordernde Frage des Ökonomen Dr. Sascha Weber vom Thünen-Institut, der zuvor Wert auf eine sachliche Auseinandersetzung gelegt hatte: „Sind Sie Unternehmer oder wollen Sie geführt werden? Wollen Sie Markt- oder Planwirtschaft?“ Einer der zahlreichen anwesenden ostfriesischen Bauern verlieh dem Raunen im Raum und der Realität in der Milchwirtschaft Ausdruck: „Wo sind wir denn Unternehmer? Die schreiben Rechnungen. Wir liefern unsere Milch ab.“ Eingeladen zur Podiumsdiskussion „Fast 100 Tage ohne Quote“ im niedersächsischen Westerstede nahe Oldenburg hatte der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM). Mit fast 300 Leuten platzte der Gasthaussaal aus allen Nähten. Ortsansässige Bauern machten einige Landvolkvertreter aus, die sich jedoch in der Diskussion komplett zurückhielten – die Beiträge stellten durchweg kritisch die derzeitige Tiefpreissituation und die Ausrichtung des Milchmarktes und seiner Regeln auf die Bedürfnisse von Verarbeitern und Handel in Frage.

## Vorrang heimischer Märkte

Auf dem Podium bekannte sich der niedersächsische Agrarminister Christian Meyer (Grüne) zum Marktverantwortungsprogramm von BDM und European Milkboard als einer dringend notwendigen Möglichkeit, Milchmengen im Krisenfall zu regulieren, denn: „Märkte richten sich



Kühe gehören auf die Weide, besonders in Ostfriesland

Foto: Westendarp/pixelio

immer nach festgelegten Regeln. In Krisen geht es darum, durch einen europaweiten Rahmen handlungsfähig zu bleiben – die außereuropäischen Exportanteile machen schließlich nur acht Prozent aus. Wir haben höhere Standards in Deutschland, das sollten wir nicht verspielen. Wir werden nicht billiger sein weltweit.“ Meyer sprach sich zudem für eine klare Kennzeichnung von Besonderheiten aus, wie er es zur Zeit mit dem niedersächsischen Weideprogramm vorhat, um den VerbraucherInnen eine verlässliche Wahl zu bieten.

Neue und andere als die des BDM auf die Preissteuerung auf Erzeugerebene abzielenden Instrumente oder Vorschläge bekamen die anwesenden Milchviehhalter auch auf eindringliche Nachfrage weder von Wissenschaftler Weber noch von Bauernverbands- und Milchwirtschaftsvertreter Jan Heusmann zu hören. Diese verwiesen auf die Notwendigkeit, Rücklagen in guten Zeiten zu bilden und sich auf das

Vermarktungsgeschick der Molkereien zu verlassen.

## Erzeugerinteressen?

Für Krisenzeiten gebe es die Intervention in Form von Aufkauf und Lagerhaltung verarbeiteter Milchprodukte ab einem festgelegten Tiefpreinsniveau. An dieser Stelle entlarvte Romuald Schaber, Bundesvorsitzender des BDM, die Interessenlage bei den Marktmechanismen: „Mit welcher Begründung ist es okay, einzugreifen um einzulagern – aber nicht, um akut Mengenüberschüsse zu verhindern? Erst müssen anscheinend noch Leute Geld verdienen.“ Eine andere Antwort blieb der Ökonom Weber schuldig, stimmte mit Schaber jedoch überein, dass Forderungen nach einer ausschließlichen Anhebung des Interventionspreises, ab dem eingelagert wird, unrealistisch bis „gefährlich“ sind. Dies würde zu Mitnahmeeffekten führen, die Einlagerungsmengen und -kosten erhöhen und eventuell als Produktionsanreize dienen, weswegen die EU-Kommission diese Maßnahme ablehnt.

## Qualität im Vordergrund

Weil Überlegungen zur Einführung von Programmen, die eine Mengenregulierung ermöglichen, bisher mehrheitlich reflexartig abgelehnt wurden, wertete Ottmar Ilchmann, Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Fürsprache der sechs Grünen-Landesagrarminister für solche Instrumente als wichtiges Zeichen: „Es wurde höchste Zeit, dass die existenzgefährdende Entwicklung in der Politik aufgegriffen wird.“ Er fordert neben der verstärkten Solidarität unter Milchbauern insbesondere auch die Unterstützung zur Entwicklung wirtschaftlicher Perspektiven für die Höfe durch Qualitätserzeugung abseits des Mengenwachstums, z. B. durch das In-Wert-Setzen von Weidehaltung, gentechnikfreier Fütterung und Langlebigkeit der Milchkühe bei hoher Herdengesundheit. cw

*Was muss jetzt, in einer Krise mit Erzeugerpreisen unterhalb 30 Cent, konkret passieren? Frage an Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) und Präsident des European Milk Board (EMB)*

Zweierlei: Zunächst muss sofort Menge vom Markt. Wenn Produkte eingelagert werden, wirkt das am schnellsten. Dazu müsste der Interventionspreis kurzfristig erhöht werden und zwar um mehr als ein Cent, um wirkungsvoll zu sein. Dann muss aber unbedingt gleichzeitig auf die Mengenbremse getreten werden, weil die Reaktionen sonst nicht beherrschbar sind für die Politik. Parallel könnte ein freiwilliger Produktionsverzicht europaweit ausgeschrieben werden. So etwas war 2009 schon mal angedacht.

Langfristig brauchen wir aber perspektivische Lösungen, nicht nur so ein bisschen Gemurkse. Da sollte endlich das von uns vorgeschlagene Marktverantwortungsprogramm ernsthaft aufgegriffen und schnellstmöglich umgesetzt werden. Andere für die Milchherzeugung wichtige europäische der wie Frankreich und Polen sind bereit etwas zu tun. Aber Deutschland als weiterer wichtiger Akteur auf dem Milchmarkt und einflussreicher Mitgliedsstaat blockiert diesen Weg bisher.

Es wäre aber falsch, die Hände in den Schoß zu legen und nur Forderungen an die Politik zu stellen – wir müssen auch selbst aktiv werden und uns besser bündeln. Dazu kann jeder einzelne Milchviehbetrieb beitragen. Außerdem kann jeder dem BDM und dem Milkboard beitreten. Das sind Schritte, um selbst auf Erzeugerebene Marktmacht aufzubauen – und solange die sich entwickelt, ein Signal an Politik und Molkereien zu senden.



## Artgerecht in München

Eine Initiative will die Ernährung der Stadt verändern

**A**rtgerechtes München. Der Name der im Mai gegründeten Initiative ist Programm. Es geht um die bayrische Landeshauptstadt. Die Forderung: Im gesamten Wirkungskreis der Landeshauptstadt München sollen zukünftig nur noch Produkte aus nachweislich artgerechter Tierhaltung zum Einsatz kommen, also in den städtischen Kantinen, städtischen Einrichtungen wie zum Beispiel Krankenhäusern, Kultureinrichtungen, bei allen städtischen Empfängen und bei öffentlichen Veranstaltungen, bei denen die Stadt Hausherrin ist, wie zum Beispiel dem Stadtgründungsfest, den Auer Dulen, dem Christkindlmarkt oder dem Oktoberfest.

Noch ist die Politik zögerlich. Aus dem Rathaus wird entgegnet, artgerecht produziertes Fleisch sei zu teuer. Dahinter stehen dürften aber vor allem die Angst vor Veränderung und das Wissen, dass jeder noch so kleine Schritt in diese Richtung die Lobbymaschinen des bayrischen Bauernverbands auf Hochtouren bringen würde. Denn die Aussagen der Studien und Umfragen, die die Initiative in Auftrag gegeben hat, sind eindeutig: Sicherlich hat das Fleisch aus artgerechter Haltung einen höheren Preis. Dieser spielt, so ein Gutachten, allerdings zumindest in der Kalkulation von Kindergärten und Kantinen im Verhältnis zu den Gesamtkosten nur eine geringe Rolle und würde zu Preissteigerungen von unter zehn Prozent führen. Ganz ähnlich gestaltet sich das Bild bei Banketten, Empfängen und Großveranstaltungen. Hier schlägt allerdings aufgrund der Kalkulation nicht allein der Mehrpreis des artgerechten Fleisches zu Buche. Vielmehr wird das Fleisch in der Kalkulation durch einen Gemeinkostenzuschlag von 150 Prozent und den Gewinn (20 Prozent) übermäßig verteuert. Bei einer gerechten Kalkulation, in der alleine die Mehrkosten des Fleisches berechnet werden, liegt auch in diesem Bereich die Preissteigerung pro Gast je nach Fleischart zwischen zehn und 20 Prozent. Die Initiative wird von Umwelt- und Naturschutzverbänden und vielen namhaften Vertretern unterstützt. Einer von ihnen, der zeigt, dass ein Umdenken möglich ist, ist Karl Ludwig Schweißfurt, Metzger und ehemaliger Besitzer des Fleischunternehmens Herta Wurst: „Es läuft alles falsch. Was wir in den letzten 50 Jahren mit den industrialisierten Ställen, den hochgezüchteten Tieren und den automatisierten Schlachttstädten entwickelt haben, das halte ich für einen der größten Fehler der jüngeren Geschichte.“ Dass eine andere Landwirtschaft möglich und nötig ist, davon ist



Es ist angerichtet!

Foto: Sturm/pixelio

auch Josef Schmid, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bayern, überzeugt. Die AbL arbeitet eng mit der Initiative Artgerechtes München zusammen und steuert ihre fachliche Expertise bei.

Artgerechtes München ist eine Initiative des Tollwoodfestivals, das noch bis zum 19. Juli im Münchner Olympiapark Süd stattfindet. Unter dem Motto „Alles eine Frage der Haltung“ finden auf zahlreichen Bühnen Musik- und Theateraufführungen statt. Unter anderem holen drei La-Strada-Bühnen Kleinkunst, Artistik und Tanz direkt auf das Festivalgelände. Die Verpflegung des gesamten Festivals ist schon seit 2003 biozertifiziert. Circa 70 Prozent der Veranstaltungen finden bei freiem Eintritt statt und werden auch über die Einnahmen aus Essen und Getränken finanziert. „Wenn das bei so einem Festival funktioniert, das sich selbst tragen muss, dann muss es einer Stadt wie München auch möglich sein“, ist sich Stefanie Weigel, Mitinitiatorin von Artgerechtes München, sicher. *mn*

### Die AbL vor Ort:

Der Infostand Artgerechtes München auf dem Festivalgelände wird unter anderem von Pro Vieh, Slow food, dem Bund Naturschutz und dem Umweltinstitut München betreut. An den folgenden Tagen ist die AbL Bayern vor Ort: Samstag 27.06. und Sonntag 28.06. von 11 – 22 Uhr, Samstag 11.07. von 11 – 17 Uhr, Sonntag 12.07. von 17 – 22 Uhr

### USA: Mehr Freihandel, weniger Arbeitsplätze

Nach langem politischem Hin und Her hat der US-Kongress Präsident Barack Obama ein gestärktes Mandat für die Verhandlungen über die geplanten Freihandelsabkommen mit dem Pazifikraum und der Europäischen Union erteilt. Knapp eine Woche nach dem Repräsentantenhaus verabschiedete am Mittwoch auch der Senat die so genannte Trade Promotion Authority (TPA). Damit verzichtet der Kongress auf sein Mitwirkungsrecht bei Handelsverträgen und kann nur am Ende die Verträge annehmen oder ablehnen. Die Republikaner haben eine Mehrheit in beiden Kongresskammern, für das komplizierte Gesetzgebungsverfahren im Senat benötigen sie aber Unterstützung aus dem Lager der Demokraten. Der linke Flügel der Demokraten steht dem Freihandel skeptisch gegenüber. Um einige demokratische Senatoren auf ihre Seite zu ziehen, sagte die Republikanerführung zu, bis Ende der Woche auch ein Hilfsprogramm für US-Arbeitnehmer zu verabschieden, die von Jobverlusten betroffen wären. Das Economic Policy Institute hat im März 2015 ein Papier veröffentlicht, wonach durch die diversen Freihandelsabkommen der USA die Löhne für US-Amerikaner ohne Universitätsabschluss im Schnitt um 1.800 US-Dollar gesunken sind. Allein durch mehr Handelsaustausch mit China seien, laut dem Institut, binnen eines Jahrzehntes mehr als 2,7 Millionen Arbeitsplätze in den USA vernichtet worden. *bet*

### Melken werden Osteuropäer oder Roboter

Wohin eine neoliberal-agrarindustrielle Strategie im Bereich der Milchviehhaltung führt, hat die vor allem bei Großbetrieben aktive „Ländliche Betriebsgründungs- und Beratungsgesellschaft“ (LBB) in ihrem Klientenrundsreiben dargestellt: Im LBB-Ausblick über die „Herausforderungen für Agrarunternehmer in der nächsten Dekade“ prognostiziert man zutreffend für die Zeit nach dem Milchquotenende „deutliche Produktionssteigerungen“ und – bis zum Erschließen neuer Märkte – einen nachhaltigen Einbruch der Milchpreise und daraus folgend einen „verschärften Verdrängungswettbewerb“, der „viele stark mit Fremdkapital gewachsene Betriebe“ an die „Grenze ihrer Kapitaldienstfähigkeit“ führe. Wegen knapper und teurer Flächen in den „norddeutschen Konzentrationsgebieten der Milchproduktion“ werde die Jungviehaufzucht zunehmend verlagert. Die Folgen knapper Arbeitskräfte: „Melken werden in Zukunft Osteuropäer oder Melkroboter.“ *en*

### Falsche Ökoschweine

Betrügereien in erheblichem Umfang mit Bio- oder eben Nicht-Bio-Schweinen wurden in der jüngsten Vergangenheit in Mecklenburg-Vorpommern öffentlich. Dabei ist der eigentliche Skandal, dass ein Betrieb am Stettiner Haff bereits 2012 so auffällig wurde, dass der Verband Biopark ihm die Verbandsanerkennung entzog. Trotzdem verkauften die Betriebsinhaber – Vater und Sohn – offenbar immer weiter Schweine, die mindestens zum Teil aus konventionellen Betrieben stammten, mit EU-Bio-Anerkennung. Von mehr als 10.000 Tieren ist die Rede. Gegen diesen wie auch gegen einen weiteren Betrieb, der konventionelles Futter gefüttert haben soll, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft wegen Betrugs. *cs*

### Düngerkonzerne

Auf dem Kali-Markt droht eine weitere Konzentration, falls K+S durch den weltweiten Kali-Marktführer Potash (Kanada) übernommen wird. Weitere große Kalihersteller sind laut Bloomberg (Stand: 2013): Uralkali (Russland), Mosaic (USA), ICL (Israel), SQM (Chile) und Agrium (Kanada). Bei Stickstoffdüngern dominiert National Fertilizers (Indien) vor Yara (Norwegen), CF Industries (USA), Potash und Agrium. Bei Phosphaten rangiert Mosaic vorn – vor Potash, Agrium und CF Industries. *en*



## Motivationsschub für den Klimaschutz

Im kommenden November findet mit der Weltklimakonferenz in Paris der nächste Anlauf statt, sich über Maßnahmen zu einigen, die die Erderwärmung wirksam auf zwei Grad Celsius begrenzen könnten. Dem Bergwiesenhof in Altenkamp (Lippe, NRW) ist es ein Anliegen, Menschen für den Klimawandel zu sensibilisieren und sie zu motivieren, sich in den politischen Prozess einzumischen. Vom 26.–28. Juni fand auf dem Hof erneut das 2Grad-Festival statt, mit dessen Erlösen Klimaprojekte unterstützt werden. Neben den musikalischen und kulinarischen Genüssen gab es auch inhaltliches Programm. Heffa Schücking von Urgewald e. V. berichtete z. B. von der Landschaftszerstörung weltweit durch Kohleabbau. Die wirksamste Strategie zur Bekämpfung der Kohleindustrie sieht sie darin, Druck auf die Geldgeber auszuüben. Wie viel eine kleine Gruppe bewirken kann, wurde durch die erfolgreiche Kampagne von Urgewald deutlich, die letztlich den norwegischen Pensionsfond zum Ausstieg aus der Finanzierung diverser Kohleprojekte zwang. Eine Diskussion gab es darüber, wie realistisch die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels ist, da wir im Moment deutlich in Richtung drei bis fünf Grad steuern. Ulf Allhoff-Cramer vom Bergwiesenhof betonte, wie wichtig es sei, weiter dieses Ziel zu verfolgen und die Energien nicht nur auf Anpassungsstrategien zu verlagern. *rs*

## Adenauer-Stiftung seziert TTIP-Widerstand

Unter dem Titel „Emotionen statt Argumente“ veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung im Juni eine Studie, die die kritische Bewegung gegen das geplante EU-USA-Handelsabkommen TTIP beleuchtet soll. In der Studie heißt es: „Der Widerstand gegen das geplante TTIP in Deutschland kommt vor allem aus einem kleinen, gut vernetzten Lager von Nichtregierungsorganisationen.“ Für die deutsche Bewegung werden fünf maßgebliche Organisationen aufgeführt, die für die Koordinierung des Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“ verantwortlich gemacht werden, darunter die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Der Titel weckt die Erwartungen einer intensiven Auseinandersetzung mit den Argumenten. Stattdessen stößt man auf Sätze wie: „Die Ziele und die zugespitzte Artikulation der Positionen und Argumente lassen unterschiedlichen Anti-Amerikanismus und eine Tendenz zur Ablehnung offener Märkte erkennen.“ Mit Argumenten wird sich in der Studie ausschließlich dahingehend befasst, dass Positionen unterschiedlicher Interessengruppen nacheinander aufgelistet werden. *bet*

## Pestizid-Großhandels-Filz

Nach den Razzien bei sieben Pestizid-Großhandelsfirmen und dem Raiffeisenverband wegen des Verdachts von Preisabsprachen haben zwei der betroffenen Unternehmen die strafbelastende Kronzeugenregelung genutzt. Das Bundeskartellamt prüft derzeit die Vorwürfe. Die AbL verwies hierzu auf die enge Verflechtung zwischen den marktbeherrschenden Raiffeisen-Zentralgenossenschaften und vielen Funktionären des Deutschen Bauernverbands (DBV). In den Gremien der durchsuchten Raiffeisen-Zentralgenossenschaften saßen einflussreiche Partei- und Bauernverbandsfunktionäre – so bei der BayWa-AG der Raiffeisen-Präsident Manfred Nüssel (Aufsichtsratsvorsitz), der Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied (Aufsichtsrat) und die Europaabgeordnete Monika Hohlmeier (CSU), bei der norddeutschen Agravis der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Holzenkamp (Aufsichtsratsvorsitz) und bei der Raiffeisen-Warenzentrale Rhein-Main (RWZ) bis vor kurzem der Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbands Friedhelm Decker mit Aufsichtsratsvorsitz. In den Beiräten dieser Zentralgenossenschaften finde man eine Vielzahl weiterer Bauernverbandsfunktionäre. Die Spitze des Deutschen Bauernverbands sei auch über die so genannte „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL, jetzt umbenannt in „Fördergemeinschaft Moderne Landwirtschaft“) mit Chemie- und Gentechnikkonzernen eng verbandelt. *en*



Tafeln gegen TTIP und Agrarindustrie

Foto: Jasper

## Ma(h)lZeit für gutes Essen

Macht mit und schickt eure Botschaft an die Politik nach Berlin

Vom 11. bis 13. September lädt die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ zu einer bundesweiten „Wir haben es satt!“-Mitmachaktion ein. Unter dem Motto „Ma(h)lZeit für gutes Essen“ wird gemeinsam gegessen, diskutiert und gemalt. Ob auf dem Hoffest, mit FreundInnen oder NachbarInnen, mit Familie oder KundInnen im Hofladen, ob bei einem Picknick, einem Fünf-Gänge-Menü oder rund um den großen Suppentopf – eine „Ma(h)lZeit“ kann in jedem Rahmen stattfinden. Selbstverständlich sind auch öffentliche Kochaktionen an einem Megastall oder in der Fußgängerzone oder „Kochen im Kuhstall“ denkbar. Wichtig ist, dass das Essen frei von Produkten aus der Agrarindustrie ist. Diskutiert werden kann über Wege zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft, über das geplante Freihandelsabkommen TTIP, über die Entwicklungen in der Tierhaltung oder der Gentechnik und über vieles mehr. Im Vordergrund steht dabei stets der Austausch beim gemeinsamen Mahl.

Nach dem Essen sollen die diskutierten Themen dann zu Papier gebracht werden. Schreibt oder malt eure Forderungen oder

Wünsche für eine zukunftsfähige Landwirtschaft an die politischen EntscheidungsträgerInnen auf ein großes Poster und macht Fotos von eurer „Ma(h)lZeit“-Runde. Sendet dann die Fotos per E-Mail und die Poster per Post an die Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Bei einer öffentlichen Aktion diesen Herbst werden die Poster in Berlin aufgehängt und die Fotos auf einer Fotoseite auf [www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de) gesammelt. Im Januar 2016, im Vorfeld der nächsten „Wir haben es satt!“-Demo, werden dann alle Fotos mit euren Botschaften als Fotobuch an die Politik übergeben.

Das Aktionspaket mit einem oder mehreren Postern und vielen weiteren Informationen kann unter [www.wir-haben-es-satt.de/mahlzeit](http://www.wir-haben-es-satt.de/mahlzeit) bestellt werden.

„Ma(h)lZeit für gutes Essen“ möchte aufmerksam machen auf die Demo gegen TTIP am 10. Oktober 2015 und auf die sechste „Wir haben es satt!“-Demo am 16. Januar 2016, beide finden in Berlin statt. Die AbL ist Partner von „Ma(h)lZeit“.

*Iris Kiefer,  
Wir haben es satt!*



**Betriebsspiegel:**

1,6 ha  
30 Kulturen  
3 Gärtnerinnen in Teilzeit  
2 Ackerpferde  
110 Mitglieder

Unsere Solidarische Landwirtschaft im hügeligen Detmolder Umland ist nun im dritten Jahr. Nach zwei fetten Jahren, in denen wir gewachsen sind, hatten wir in diesem Frühjahr einen Prüfstein; Geduld, Ausdauer, Verständnis, Kraft und Solidarität wurden ziemlich strapaziert. Dank der hartnäckigen Trockenheit, den kühlen Nächten und der frühen Schneckeninvasion noch bei Frost haben wir ein Jahr zu erwarten, in dem vieles erst später als geplant reifen wird und so

mancher Samen nie zur Pflanze wird.

An Fleiß und Idealismus ist es nicht gescheitert; es wurde oft bis tief in die Nacht bewässert, das ein oder andere aber war schlichtweg nicht machbar. Wir haben Praktikanten und einige unserer aktivsten Mitglieder haben uns unterstützt. Dennoch: Wenn ich barfuß über den rissigen verkrusteten Boden ging, passierte auch ganz viel innerlich. Leise Verzweiflung und Hoffnung, aber auch viele Fragen tauchten auf: Kann Solawi funktionieren, und wenn ja wie? Und sind es nicht genau solche Jahre, in denen sich das Versprechen hinter diesem bedeutungsschweren Wort einlösen lassen sollte? Solidarität wollen wir Gärtnerinnen gegenüber der Erde und

unseren Gemüseliebhaber\*innen zeigen: nur bestes, gesündestes, schmackhaftestes, regionales Gemüse, ökologisch und liebevoll angebaut. Solidarisch sind unsere Mitglieder im Idealfall mit uns Gärtner\*innen und Bäuerinnen und Bauern, wenn sie uns auch in mageren Jahren, in denen wir, wie im Moment, nicht marktfähig wären, unterstützen.

Und es ist so! Sie zahlen weiterhin ihre Beiträge ohne zu murren, zumindest die meisten; sie bekommen als Gegenwert in mühevoller Erntearbeit gesammeltes Wildgemüse und das bisschen was da noch auf dem Acker wuchs; sie helfen zum Teil auch mit und sie unterstützen uns finanziell in

unserer Entscheidung, in eine Tröpfchenbewässerung zu investieren. Diese wird uns hoffentlich zumindest für ein bis zwei Jahre entlastend zur Seite stehen, uns reaktionsfähiger machen, angepasster an den langsam auch bei uns zu spürenden Klimawandel.

Mir ist schmerzhaft bewusst geworden in diesen Wochen, wie zerbrechlich unsere Zufriedenheit und Sicherheit ist, wie labil unser System, wie bedrohlich und grausam das Leben vieler Menschen auf der Süderhalbkugel sich anfühlen muss, wo Dürre herrscht, und wie viel Glück wir noch haben. In was für einem Paradies ich sein darf und wie viele Menschen mir das wohl ermöglichen? Wir sind hier auch nicht alleine – ein lieber Biobauer aus der Nähe hat uns Wasser gebracht, als wir keins mehr hatten, und Mitglieder haben Wochenendienste an der Pumpe verbracht. Niemand sollte alleine sein, ohnmächtig gegenüber diesen wachsenden Bedrohungen, und wir könnten zusammen eine resiliente (widerstandskräftige) und enkelkindertaugliche Landwirtschaft umsetzen! Ich wünsche mir, dass es gelingt, die Verantwortung, die wir für unseren Heimatplaneten bekommen haben, auf's Tiefste ernst zu nehmen – weltweit solidarisch. Und noch was: Ich bin nicht kirchlich, aber ich liebe diesen Papst, der die Würde der Erde schützen will. Lebensliebend. Nun regnet's auch wieder im schönen Lipperland!

*Alice de Villele,  
Dalborn*

## Solidarische Gartengedanken

Auf dem Hof Klostersee in Schleswig-Holstein an der Ostseeküste wurde für rund 750.000 Euro ein neuer Kuhstall für die 60-köpfige Herde gebaut. Er ermöglicht, neue unkonventionelle Formen der Milchviehhaltung mit deutlich mehr Kontakt zwischen Mutterkuh und Kalb umzusetzen. Große Auslaufflächen und ganztägiger Weidegang gehören zum Konzept. Bau und Einrichtung wurden überwiegend über ein Bankdarlehen finanziert. Über die Summe von 100.000 Euro hat der Hof zu Teilen à 500 Euro eine Anleihe herausgeben, die Freunde, Kunden und Feriengäste des Hofes „zeichnen“ konnten. Die Laufzeit der Anleihe ist unbefristet mit einer Mindesthaltezeit von sieben Jahren. Dann kann die Anleihe gegen Barauszahlung oder einen Einkaufsgutschein in Höhe des Nennwertes zurückgegeben werden. Die Kuhanleihe ist als Inhaberschuldverschreibung nicht personenbezogen und kann jederzeit frei veräußert werden. Bei der Verzinsung gab es die Wahl zwischen einer jährlichen Auszahlung, einem jährlichen Einkaufsgutschein für hofeigene Produkte oder einer Nullzinsvariante.

Der Hof Klostersee gehört mit Land und Gebäuden dem für diesen Zweck gegründeten Hof Klostersee e. V. Drei Familien bewirtschaften den Hof mit 15 Mitarbeitern als Pächter des Vereins. Seit über 25 Jahren wird auf Hof Klostersee biologisch-dynamisch nach den Demeter-Kriterien gewirtschaftet. Der Verein hat als ein wichtiges Ziel, den Kreis der Menschen, die sich mit dem Hof verbunden fühlen, zu erweitern. Um viele Menschen anzusprechen



## Finanzieren mit (Kuh-)Anleihen

und die Streuung möglichst breit zu halten, wurde die Anzahl der Anleihen auf acht Stück pro Person begrenzt. Begleitet wurde die Ausgabe durch aktive Pressearbeit und die Herausgabe von Informationsmaterial an Kunden über den Hofladen, die Handelspartner und Feriengäste. Positiv überrascht wurde der Hof von der guten Resonanz auch von Menschen, die den Hof nicht direkt kennen, sondern lediglich durch die Öffentlichkeitsarbeit von dem Projekt erfahren haben. Nach drei Monaten waren die Anleihen vergeben.

Immens hilfreich war die schnelle Verfügbarkeit des Geldes aus der Anleihe zur Sicherung der Liquidität während der Anfangsphase des Baus, denn die Hausbank hatte eine nicht voraussehende, enttäuschend lange Bearbeitungszeit für das Darlehen. Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich zur kompletten Finanzierung über ein

Bankdarlehen größer. Es ist ein Anlegerverzeichnis zu führen und entsprechende Zahlungen oder Gutscheine über die Zinsen sind zu verwalten. Selbstverständlich haben die Anleger während der Bauphase regelmäßige Informationen über den Baufortschritt erhalten – z. B. auch über eine Baustellen-Webkamera. Die Herausgabe einer Anleihe ist nach den derzeitigen Gesetzen bis zu einem Gesamtbetrag von 100.000 Euro pro Jahr ohne die Erstellung eines genehmigten Wertpapierverkaufsprospektes machbar. Es ist bei dieser Finanzierungsform weiterhin möglich, in den Anleihebedingungen eine Nachrangklausel zu vereinbaren und das Anleihekapital somit als Eigenkapitalersatz in ein Bankdarlehen einzubringen.

Dieser Text ist als Anhaltspunkt und nicht als rechtliche Beratung zu verstehen. Bauern, die vorhaben, eine An-

leihe herauszugeben, sollten sich von einem spezialisierten Rechtsanwalt beraten lassen. Fragen von Bauern, die eine ähnliche Finanzierungsform planen, beantworten wir aber natürlich gerne.

*Helge Siems,  
aus dem Verein im Auftrag der  
Betriebsgemeinschaft  
Grömitz/Cismar  
www.klostersee.org*

**Betriebsspiegel:**

80 ha Acker, 80 ha Grünland  
60 Milchkühe und Nachzucht  
Käserei, Mühle und Bäckerei  
Vermarktung über Hofladen,  
Wochenmärkte, Fachhändler im  
Umkreis von 60 km  
zusätzlich ein Altenwohnprojekt  
und Ferienvermietung

# Tierwohl auf der Warteliste

Nur die Hälfte aller angemeldeten Ställe bekommt Geld aus der Initiative Tierwohl

## Tierwohl-Huhn

Ab 1. Juli 2015 können sich nun auch geflügelhaltende Betriebe mit Hähnchen- oder Putenmast zur Teilnahme an der Brancheninitiative Tierwohl anmelden. Anders als in der Startphase für Schweinehaltende Betriebe können sich auch GeflügelhalterInnen aus dem europäischen Ausland beteiligen. Anders als im Schweinebereich müssen GeflügelhalterInnen ohne Wahlmöglichkeit alle vorgegebenen Kriterien erfüllen: Neben Grundanforderungen z. B. zu Herkunft und Vermarktung sowie zur Überwachung und Pflege der Tiere sind dies auch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und mehr Platz pro Tier. cw

Nach jahrelangen Verhandlungen hat sich der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) mit der Fleischindustrie und dem Bauernverband darauf geeinigt, mit einem Bonitierungs-System Schweinehaltern ab 2015 die Umsetzung von Tierwohlmaßnahmen über einen Fonds zu vergüten. Über einen Zeitraum von drei Jahren sollen den Tierhaltern entstandene Kosten ausgeglichen werden. Seit Anfang Mai weiß man, wie viele Betriebe an der Initiative Tierwohl (ITW) teilnehmen wollen: Es haben sich bis zum Ende der Meldefrist mehr als 4.600 Betriebe mit über 25 Millionen Schweinen angemeldet. 83 Prozent dieser Betriebe erfüllten bereits zum frühestmöglichen Audittermin am 2. Mai 2015 die angemeldeten Tierwohlkriterien wie mehr Platz, zusätzliches organisches Beschäftigungsmaterial oder Raufutter. Dieses große Interesse unterstreicht die Bereitschaft der Schweinehalter, die Halungsverfahren weiterzuentwickeln und für Veränderungen offen zu sein. Die Tierhalter haben sich darauf verlassen, dass sie ihre Mehrkosten vergütet bekommen, sobald die ITW am 2. Mai 2015 anläuft. Sie sind auf eigene Rechnung in Vorleistung getreten. Nun war der Fonds zur Finanzierung der ITW bereits zum Anmeldeschluss Ende April mehr als doppelt überzeichnet. Das Losglück hat entschieden, wer zum

Audit zugelassen wird. Mehr als die Hälfte der Betriebe stehen auf der Warteliste, so dass sie vorerst auf ihren Kosten sitzen bleiben.

## Wenig Hoffnung

Auf dem Betrieb von Herbert und Thomas König in Willstätt hat man schon vor zwölf Jahren mit dem Bau des Deck- und Wartestalles in eine besonders tierfreundliche Haltung investiert: Die Sauen werden mit 40% mehr Platz auf Tiefstreu gehalten, so dass aktuell für eine Teilnahme an der ITW keine Investitionen in Tierwohl nötig waren. Vielmehr sollten endlich die seit vielen Jahren erbrachten Tierwohlmaßnahmen, die auch Mehrarbeit erfordern, finanziell honoriert werden. Aber der Betrieb steht mit Platz 1.630 weit hinten auf der Warteliste. Thomas König zu der ITW: „Ich habe wenig Hoffnung, dass meine Aufwendungen für mehr Tierwohl in der konventionellen Vermarktung jemals honoriert werden. Diese Erfahrung lehrt einmal mehr, aus der konventionellen Schweinehaltung auszusteigen und sich regionalen Vermarktungswegen wie dem Sterneprogramm von EDEKA oder der Ökoferkelerzeugung anzuschließen.“ Karl und Anita Österle aus Obermarchtal haben sich auch für die ITW angemeldet. Eigentlich hatten sie das gar nicht vorgesehen, aber ihr Berater hat sie dazu ermuntert. Schließlich erzeugen sie schon seit vielen Jahren Neulandferkel auf Strohhaltung. So waren nur finanziell überschaubare Investitionen und ein paar Tage Arbeit nötig, um an der ITW teilzunehmen. Nun steht der Betrieb mit den Sauen auf Warteplatz 503 und mit der Ferkelaufzucht auf Warteplatz 983. Dazu Karl Österle: „Ich bin nicht enttäuscht und habe diese Nachricht relativ entspannt aufgenommen, weil ich im Neulandverbund auskömmliche Erlöse erziele und im Grunde nicht auf die Tierwohlboni angewiesen bin!“

## Lippenbekenntnisse

Andreas Brunner aus dem niederbayerischen Feldkirchen ist Ferkelerzeuger mit einem Pigport für 800 Mastplätze, für den er 2014 den bayrischen Tierschutzpreis gewonnen hat. So musste er für eine Teilnahme an der Initiative Tierwohl nur ca. 1.000 Euro in das Probeaudit und die QS-Zertifizierung der Zuchtsauen- und Mast Schweinehaltung investieren. Mit Platz 1.868 auf der Warteliste ist er enttäuscht: „Ich bin es schon gewohnt, dass versprochen wird, für mehr Tierwohl mehr zu erlösen, aber es ist bisher immer bei Lip-

penbekenntnissen geblieben! Bei einem positiven Bescheid hätten meine Metzger auch noch QS-zertifiziert werden müssen, was nun entfällt!“ Auch Helmut Schmidt aus Gnötzheim in Unterfranken ist enttäuscht. Er hat in seinem konventionellen Maststall in Kammbauweise bereits vor zehn Jahren mehr Fensterfläche als vorgeschrieben eingebaut. In diesem Bereich musste er für die ITW nicht mehr nachbessern. Es waren aber noch Investitionen für Raufutterraufen, Scheuerbalken, offene Tränken und Beschäftigungsmaterial in Höhe von 15.000 Euro nötig. Hinzu kommen die Arbeitszeit für den Einbau und der Nutzungsausfall für die um zehn Prozent geringere Buchtenbelegung. Er hat Interesse, Geld und Zeit in die Aufwertung seiner Schweinehaltung investiert und ist nun vor den Kopf gestoßen, da ihm der Ausgleich für die versprochenen Aufwendungen vorenthalten wird.

## Keine Benachteiligungen

Es ist unverständlich und wenig hilfreich, dass das Los über die Finanzierung von Tierwohlmaßnahmen entscheidet, wenn die Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft und das Vertrauen der Landwirte gewahrt werden sollen. Der LEH wird deshalb nicht umhin können, seine Abgabe an den Fonds zu erhöhen. Trotz scharfen Wettbewerbs im LEH werden ein paar Cent mehr je Kilogramm Schweinefleisch, die es für die Finanzierung der Initiative braucht, kaum das Einkaufsverhalten der Konsumenten ändern. Gleichzeitig potenziert es die sowieso schon mangelnde Verbrauchertransparenz, wenn noch nicht einmal alle änderungswilligen Landwirte mit der Initiative gewürdigt werden. Die Privatwirtschaft als Organisator der Initiative Tierwohl will sicher nicht in den Verdacht geraten, dass die ITW nur eine kosmetische Greenwashing-Maßnahme sei. Wenn sich Landwirte trotz der niedrigen Erlössituation freiwillig zu höheren Standards bereit erklären und entsprechende finanzielle Vorleistungen erbringen, muss dies bei allen Teilnehmern honoriert werden. Eine Absage an angemeldete Betriebe ist eine finanzielle Abstrafung, sie bekommen die getätigten Investitionen nicht vergütet und werden im Vergleich zu den „Losbeglückten“ finanziell benachteiligt. Die Vergütung von Tierwohlmaßnahmen, die von Gesellschaft, Politik und der Branche gefordert wird, darf nicht vom Losglück abhängig sein.

Rudolf Wiedmann,  
landwirtschaftlicher Berater mit  
Schwerpunkt artgerechte Tierhaltung

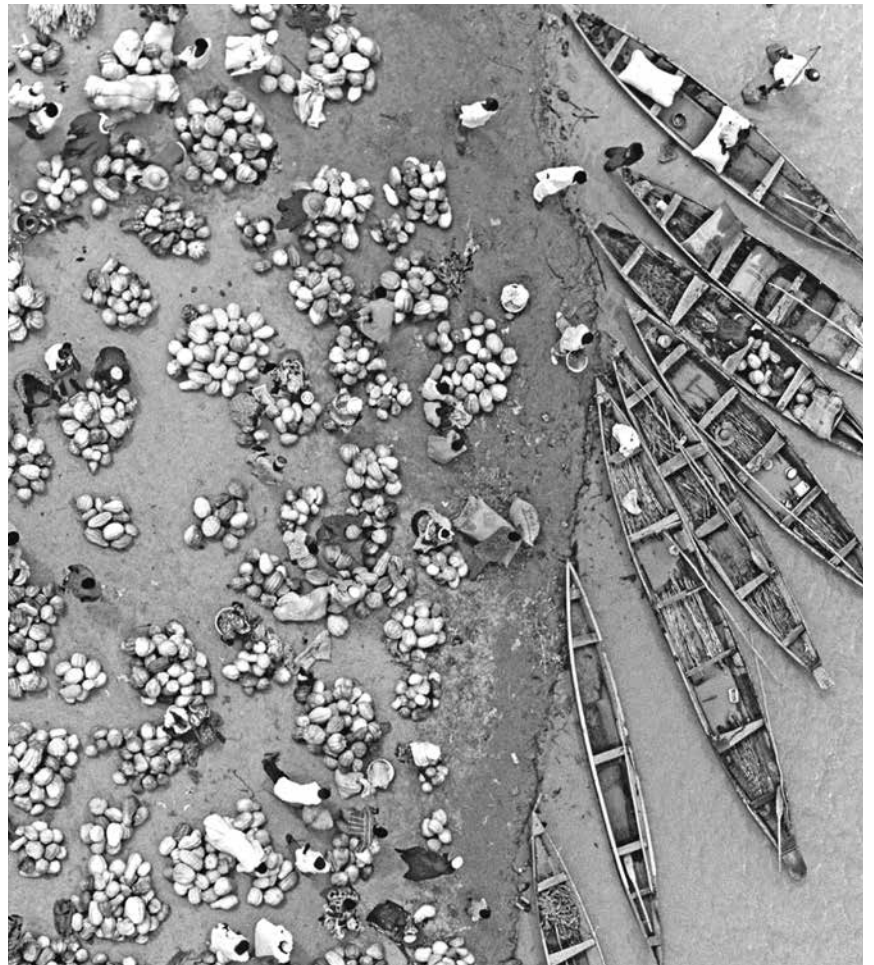


Wohl dem, der die gute Aussicht auf Tierwohl bezahlt kriegt

Foto: Schievelbein



**Den Welthunger bekämpfen und bäuerliche Landwirtschaft stärken, das schreiben sich erst einmal viele Politiker, Interessensgruppen aber auch Unternehmen auf die Fahnen. Was das dann genau für sie heißt und ob und wie sie es umsetzen, steht auf ganz anderen Blättern. Meist geht es am Ende eben doch wieder nur darum, die wirtschaftlichen Interessen der Industrienationen zu wahren, in dem Zusammenhang setzen sich auch Politiker gern für Konzerninteressen ein, besonders wenn diese ihr wirtschaftliches Anliegen mit humanitärer Rhetorik verbrämen. Bäuerlicher Landwirtschaft hilft das meist wenig, hier gilt die alte Formel Hilfe zur Selbsthilfe weit mehr. Und Umwelt-, Klima- und Tierschutz stehen meist auch nicht ganz oben auf der To-Do-Liste multinationaler Unternehmen.**



## Handelspolitik schafft Agrarmärkte für wenige

Bäuerliche Strukturen und Wertschöpfung vor Ort brauchen Vorrang vor Konzerninteressen

Die Ernährungswirtschaft in Europa und besonders auch in Deutschland betont die wachsende Bedeutung von Exporten auf neue Märkte außerhalb der EU. Bäuerinnen und Bauern bekommen zu hören, auf diese Weise könne sich das Wachstum bei gesättigtem EU-Markt fortsetzen und mit steigenden Mengen Gewinne erzielen lassen. Dabei ist die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, die im Lebensmittelbereich neben der gesundheitlichen Unbedenklichkeit vor allem durch Kostenführerschaft entschieden wird, erkaufte: Weil die europäischen Direktzahlungen zur Einkommensstützung der Betriebe dienen und u. a. Investitionen in Stallbauten gefördert werden, werden Kosten verlagert und den Verarbeitern stehen die landwirtschaftlich erzeugten Rohstoffe günstig zur Verfügung. „Es ist immer wieder erkennbar: Ein Interesse an hohen Erzeugerpreisen haben nur die Bauern und Bäuerinnen“, stellt Ottmar Ilchmann, Milchbauer und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Interessenlage klar: „Und wenn damit erwünschte Qualitäten verknüpft sind, dann sind auch die Verbraucher mit im Boot.“ Weltweit gesehen

herrscht grundsätzlich weitgehend Einigkeit darüber, dass Entwicklungsländer Entfaltungsmöglichkeiten und Unterstützung brauchen – neben der Notwendigkeit, globalen Herausforderungen wie Hunger und Klimawandel gemeinsam zu begegnen. Kurzfristig setzen sich jedoch in viel stärkerem Maß die handelspolitischen Interessen der Einzelstaaten durch, ihrer Wirtschaft Vorteile zu verschaffen. Für Entwicklungsländer zeigt sich eine erheblich schwächere Verhandlungsposition, die nach Beobachtungen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) häufig zu Ergebnissen führt, die den Aufbau und die Stärkung eigener, inländischer Wertschöpfungsstrukturen und die angepasste Weiterentwicklung bäuerlicher Strukturen behindern.

### Eigeninteressen gehen vor

Globale Verhandlungen, wie sie in der Welthandelsorganisation (WTO) geführt werden, um einen gemeinsamen Rahmen für internationalen Handel zu finden, sind ins Stocken geraten; es scheint der kleinste gemeinsame Nenner erreicht. Mittlerweile haben sich die Verhandlungen auf bilaterale Ebene zwischen einzelnen Staaten oder Regionen verschoben. Relativ neu sind die

Entwicklungen in der Entwicklungspolitik, massiv auf die Einbindung privater Unternehmen zu setzen, um nötiges Investitionskapital für die Landwirtschaft hinzuzuziehen. So haben die G8-Industriestaaten 2012 die Neue Allianz für Ernährungssicherheit gegründet, an der multinationale Konzerne mit großer, konzentrierter Marktmacht beteiligt sind: u. a. bekannte wie BASF, Monsanto und Unilever, aber auch öffentlich weniger präsent wie das Handelsunternehmen Cargill oder der Agrartechnikkonzern AGCO.

### Breite Unternehmensschultern

Auf Grund der schlechten öffentlichen Meinung und negativer Schlagzeilen über diese Public-Private-Partnerships (PPP) ist in Deutschland mittlerweile wenig darüber zu hören, obwohl sich die Bundesregierung nicht von der Initiative distanziert hat. Auf den Weg gebracht wurde hierzulande als eigenes Programm die German Food Partnership, in die rund 35 Unternehmen mit etwas engeren Grenzen als in der G8-Initiative eingebunden sind. Weitere Aktivitäten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wie die Grünen

Innovationszentren oder die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ gelten als ebenfalls unternehmensfreundlich, auch wenn diese stärker getrennt sind.

### In der Breite schultern

Neben der grundsätzlichen Kritik von NGOs, dass Unternehmen, die ihr eigenes Interesse verfolgen und sich neue Märkte erschließen, aus Töpfen der Entwicklungshilfe gefördert werden, besteht zudem ein Problem mit der Transparenz, um Projekte und Ziele beobachten und auswerten zu können, weil die Unternehmen auf der Geheimhaltung ihrer Geschäftsdaten bestehen. Entwicklungspolitische Organisationen wie Brot für die Welt, Misereor, FIAN, Inkota, Oxfam und Germanwatch fordern gemeinsam mit agrarpolitischen Verbänden wie der AbL, das Recht auf Nahrung und das Konzept der Ernährungssouveränität in den Vordergrund zu stellen. Das erfordert Aufmerksamkeit und Investitionen auf breiterer Ebene zur Förderung der bäuerlichen Produktivität und zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsstrukturen – nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in Industrieländern. *cu*

# Konzerninteressen auf die Spitze getrieben

„Der Gipfel von Elmau hilft keiner armen Sau!“, stand an einem Trecker auf der Demo

Im Juni trafen sich die Regierungschefs der führenden Industriestaaten auf Schloss Elmau in Bayern. Offiziell ging es darum, wie sie zur Lösung der verschiedenen globalen Krisen beitragen können. So standen Klima, Meere und Hunger ebenso auf der Tagesordnung wie Russland und Griechenland. Die Diskrepanz zwischen der konkreten Politik und den Märchen vom Märchenschloss zeigt sich an vielen Stellen: In der Abschlusserklärung heißt es z. B. „Wir streben eine bessere Anwendung international anerkannter Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards an“ – obwohl die USA sich nach wie vor weigern, die Kernarbeitsrechte der Vereinten Nationen zu ratifizieren. Beim Klimaschutz wird das alte Zwei-Grad-Ziel als Neuigkeit verkündet, während Deutschland bei sich gerade die Energiewende ausbremst. Richtig interessant wird es aber, wenn es um Landwirtschaft geht. Da heißt es: „Wir werden insbesondere den fachgerechten Einsatz von Antibiotika fördern ... Wir signalisieren die Notwendigkeit, die Nutzung von Antibiotika für die Wachstumsförderung in der Viehzucht bei fehlender Risikoanalyse auslaufen zu lassen.“ Noch werden in den USA Antibiotika als Wachstumsförderer eingesetzt und die deutsche Regierung tut sich schwer mit wirksamen Minimierungsstrategien. Stattdessen hofft die Pharmaindustrie auf Subventionen, um neue Antibiotika zu entwickeln. Vielfach geht es darum, die eigenen Industrien zu fördern und die Führung der Weltwirtschaft zu erhalten. Die G8 hatten vor drei Jahren die „Neue Allianz für Ernährungssicherheit in Afrika gegründet“. Das hört sich toll an, ermöglicht aber Agrarkonzernen trilaterale Abkommen mit G7-Staaten und afrikanischen Ländern. Die afrikanischen Regierungen verpflichten sich, Land für ausländische Investoren zur Verfügung zu stellen und ihre Gesetze so zu ändern, dass Saatgut nur noch von lizenzierten Händlern in den Verkehr gebracht werden darf. Eingesetzt werden Landgrabbing und Saatgutmonopole zur Wirtschaftsförderung. Missachtet werden die Interessen der Bäuerinnen und Bauern, die den Großteil der Menschheit mit ihren Erzeugnissen ernähren.

## Gipfel der Alternativen

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen hat die AbL parallel zum Gipfel in Elmau eine zweitägige Konferenz mit hochkarätigen ReferentInnen in München organisiert. Jean Ziegler,

der erste UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, sagte in Richtung Schloss Elmau: „Dieser Haufen, der da zusammenkommt, das sind Befehlsempfänger, Ausführungsgehilfen, Handlanger der Konzerne!“ Die Hoffnung, so Ziegler, seien die vielen Menschen, die sich hier zum Alternativgipfel versammelt hätten. Luis Muchanga, Direktor des mosambikanischen Kleinbauernverbandes UNAC, beschrieb die Politik der G7: „Vor dem Start der ‚Neuen Allianz‘ konnten Kleinbauern ihr Saatgut untereinander tauschen. Mit der ‚Neuen Allianz‘ hat Mosambik aber Gesetze verabschiedet, die die freie Verteilung von Saatgut verbieten und Kleinbauern dazu zwingen, teures Saatgut bei Agrarkonzernen einzukaufen.“ AbL-Vorsitzende Gertraud Gafus brachte es auf den Punkt: „Letztendlich leben wir doch alle davon, was die Landwirtschaft mit gesundem Boden, sauberem Wasser, reiner Luft und der Energie der Sonne produziert. Die G7 geben scheinheilig und vordergründig vor, die Menschen im Blick zu haben. Dabei geht es nur um Kapital und Konzernmacht.“

## Demo in München

Aufgerufen zu einer Demo in München hatten viele gesellschaftliche Organisationen. Die bayerische AbL nutzte die Gelegenheit für ein Habermasfeldtreiben, eine alte Form der Anklagen gegenüber der Obrigkeit. Vorgetragen in Reimform und hier ins Hochdeutsche übersetzt klingt das so:

40.000 Menschen demonstrierten unter dem Motto „TTIP stoppen, Ar-

Bauern, Imker, andre Leut'  
haben kapiert, was ihr sieben noch  
scheut.  
Wir möchten unsere Welt erhalten  
und nicht in arm und reich aufspalten.  
Wir brauchen eine Politik für alle Leut'  
und nicht eine, die nur Nestle und  
Monsanto freut.  
Eine Politik, die nicht nur die G7 schützt,  
sondern auch den armen Ländern in  
Afrika nützt.  
Sie brauchen kein Gensaatgut und erst  
recht keine Waffen,  
sie können es ohne das G'lump viel leichter  
schaffen!  
Sieben Milliarden sind wir,  
was wollt denn ihr sieben Hanseln hier?

mut bekämpfen – Klima retten“. Besonders sichtbar waren die Bauern mit ihren Treckern. Es war so heiß, dass die Polizei Wasser verteilte. Zum Ab-

schluss äußerte sich Jean Ziegler gewohnt deutlich: „Letztes Jahr ist alle fünf Sekunden ein Kind verhungert. Fast eine Milliarde Menschen ist permanent unterernährt. Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos zwölf Milliarden ernähren. Ein Kind, das jetzt an Hunger stirbt, wird ermordet.“

## In und um Garmisch

Einen Tag später fand in Garmisch der Tag der internationalen Solidarität statt. Wieder sprachen internationale Gäste – auch „La Via Campesina“-Mitglieder zu verschiedenen Themen. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hatte noch direkt vorher 3–4.000 gewaltbereite Demonstranten angekündigt. Die Garmischer waren in Sorge um ihre Geschäfte. Was dann kam, war ganz anders: Wieder eine bunte Stimmung. Diesmal weniger Fahnen von Organisationen, sondern mehr Selbstgebasteltes, wie z. B. eine riesige Krake, die die verschiedenen Politikfelder der G7 darstellte. Die Polizeipräsenz war enorm, 17.000 Einsatzkräfte in der kleinen Stadt. Teilweise standen sie in doppelten Reihen links und rechts vom Umzug. Leider gab es dann doch eine

wurde. Die Garmischer Bevölkerung zeigte sich solidarisch und beherbergte etliche Demonstrierende in dieser Nacht. Am ersten Gipfeltag war Wandertag. Über einen Sternmarsch wollten wir uns von verschiedenen Seiten dem Schloss nähern. Nicht möglich war es, auf Hör- und Sichtweite ans Schloss heranzukommen, wie es das deutsche Recht vorsieht. Schön war, dass die Veranstalter trotz aller Widerstände einen bunten, deutlichen und friedlichen Protest organisieren und dass sie die Garmischer überzeugen konnten. Wie sagte einer der örtlichen Bauern: „Gentechnik – das wollen wir auch nicht!“

## Das ist der Gipfel!

Ein dreiviertel Jahr lang war die AbL an den Vorbereitungen beteiligt. Nach sechs Tagen voll Veranstaltungen, Begegnungen und Gesprächen, Sonnenschein und Gewittern, mit Polizeirepression und Musik, mit Jung und Alt kam dann die Abschlusserklärung der G7: „Gute Regierungsführung, Wirtschaftswachstum und funktionsfähigere Märkte sowie Investitionen in Forschung und Technologie haben in



Via Campesina gemeinsam mit der jungen AbL auf der G7-Demo Foto: Meine Landwirtschaft

Eskalation, als die Polizei die Demoroute nicht wie zugesagt freigab und der ganze Zug vorzeitig umdrehen musste. Ihre Meldung, die Demonstrierenden hätten Flaschen mit Benzin geworfen, musste die Polizei zurücknehmen. Die Situation beruhigte sich wieder und die Demo ging friedlich zu Ende. Dann brach jedoch ein so heftiges Gewitter los, dass die Abschlusskundgebung abgesagt und das Camp vorübergehend unbetreutbar

Kombination mit gestiegenen inländischen und privaten Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit zu mehr Ernährungssicherheit und einer besseren Ernährung geführt ... Unser breiter Ansatz baut auf ... die New Alliance for Food Security and Nutrition.“ Es wird sich zeigen, wer die gesellschaftlich und ökologisch nachhaltigeren Ideen hat.

Angela Müller,  
AbL-Bayern



# Demokratische Fallstricke in Handelsabkommen

Das EU-Parlament erzürnt sich zu Recht über Schiedsgerichte

Die Kanzlerin will, was kritische Bürger nicht wollen. Die europäische und selbst organisierte Bürgerinitiative gegen die geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) bzw. zwischen der EU und Kanada (CETA) hatte gerade die Zwei-Millionen-Unterschriften-Marke geknackt, als Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G7-Gipfel diese Abkommen stark machte. In den G7-Beschlüssen heißt es: „Wir werden alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um die Verhandlungen zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP) so rasch wie möglich zum Abschluss zu bringen. Wir begrüßen den Abschluss der Verhandlungen zum umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada und der EU und sehen seinem zeitnahen Inkrafttreten erwartungsvoll entgegen.“ Im EU-Parlament entfachte ein heftiger Streit über eine TTIP-Resolution. Diese soll die Meinung im Parlament zu diesem Abkommen widerspiegeln und als Richtschnur für den Verhandlungsführer EU-Kommission gelten. Im Parlament zeigte der Druck der Zivilgesellschaft schon etwas mehr Wirkung, auch bei den mehrheitsfähigen Parteien. Insbesondere geht es um das umstrittene Instrument der Schiedsgerichte, womit Konzerne aus den USA und aus Kanada europäische Staaten verklagen können, wenn sie sich durch Regulierungen und neue Gesetze in ihren Profiten eingeschränkt sehen. Dieses Recht gilt selbstverständlich auch umgekehrt. Bei der geplanten parlamentarischen Abstimmung im Juni konnten die Politiker keine Einigung erzielen. SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel will das System der privaten Schiedsgerichte lediglich reformieren. Bernd Lange, Vorsitzender des EU-Handelsausschusses, sagte: „Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch eine

Mehrheit im Europäischen Parlament muss private Schiedsstellen ohne Wenn und Aber ausschließen. Stattdessen brauchen wir einen Gerichtshof mit öffentlich ernannten Richtern und ordentlichen Revisionsverfahren.

## Abbau von Standards

„Das ist und bleibt undemokratisch“, kommentiert AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen diese Haltung. „Es muss gänzlich ausgeschlossen werden, dass Investoren Staaten verklagen dürfen, wenn ihnen Regulierungen und Gesetze nicht passen. Außerdem sollen TTIP und CETA das für den Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor schädliche Instrument der regulatorischen Kooperation enthalten. Das wird die Stellschraube für den künftigen Abbau wertvoller Standards sein, für die die bäuerliche Bewegung und die Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks immer wieder kämpfen.“ Mittels solch eines Instrumentes sollen undemokratische Instanzen Standards und Regulierungen angleichen und absenken können. TTIP- und CETA-Befürworter würden spätestens an dieser Stelle sagen: Unsere Standards sind sicher. Diese Aussage teilt ein im Juni erschienenen Rechtsgutachten allerdings nicht. Prof. Peter-Tobias Stoll von der Universität Göttingen, Hauptautor der Studie, verfasste das Gutachten: „Die geplante Regulierungszusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Kanada sowie den USA nach den Entwürfen von CETA und TTIP“. Auftraggeber ist die Arbeiterkammer Wien. Eine wesentliche Frage ist: Gilt künftig die parlamentarische Hoheit in den Vertragsländern oder unterliegt sie dem Völkerrecht, das durch solche Verträge wirksam wird? „Einerseits“, so steht es im Gutachten, „besagt der CETA-Entwurf ausdrücklich, dass konkrete Vorhaben in der



Der Widerstand gegen Ceta und TTIP wird nicht weniger

Foto: Engelke

Regulierungszusammenarbeit nur auf freiwilliger Basis stattfinden sollen. Verweigert eine Vertragspartei allerdings die Zusammenarbeit an einem bestimmten Vorhaben oder zieht sich später davon zurück, soll sie nach dem CETA-Entwurf der anderen Seite eine Begründung dafür geben.“ Das dürfte zumindest einen politischen Rechtfertigungsdruck auslösen.

## Neues Gutachten

Auch wird die angepriesene „Freiwilligkeit“, auf die sich Befürworter solcher Handelsabkommen gerne beziehen, durch konkrete Pflichten wieder aufgehoben. Dazu liest sich im Gutachten: „So sind beispielsweise Informationspflichten über geplante Regulierungsvorhaben im vorgesehenen ‚Frühwarnsystem‘ des TTIP-Entwurfs vorgesehen.“ Was immer also Parlamente in den jeweiligen Vertragsländern an neuen Gesetzen und Regulierungen vorhaben, muss (!) der anderen Seite gemeldet werden. Damit würde ein verpflichtender Mechanismus installiert. Dieser könnte in der Wirkung eine gefährliche Kraft entfalten, zum Nachteil unserer parlamentarischen Hoheiten. Vor allem wenn ein künftiger

TTIP-Vertrag ähnliche völkerrechtliche Unklarheiten enthält wie der vorliegende CETA-Vertragsentwurf. Denn Handelsverträge unterliegen völkerrechtlichen Regeln. „Im CETA-Entwurf sind an verschiedenen Stellen Ziele einer Vertiefung und Weiterentwicklung der Regulierungszusammenarbeit vorgegeben. Führt eine Verweigerung einer Partei dazu“, ist weiter in dem Gutachten zu lesen, „dass die Regulierungszusammenarbeit in einem Bereich insgesamt in Frage steht, kommen z. B. Verstöße gegen das bei völkerrechtlichen Verträgen geltende Frustrationsverbot und die Pflicht zur Erfüllung des Vertrages nach den Grundsätzen von Treu und Glauben in Betracht.“ Das wirft die Frage auf: Wer bekommt in einem Streit um Regulierungsfragen am Ende Recht – die Parlamente im eigenen Land oder die Interessengruppen im Vertragspartnerland? Das Rechtsgutachten deckt viele rechtliche Unklarheiten und gefährliche demokratische Fallstricke auf. Bleibt festzuhalten: Unsere Standards sind mit diesen Handelsverträgen keinesfalls sicher. Die Bewegung muss dran bleiben.

Berit Thomsen, AbL-Expertin für internationale Agrarpolitik

# US-Schweinehaltung: Tierschutz- und Umweltdumping

Womit müssten die europäischen Schweinehalter bei TTIP konkurrieren?

Im Falle des Freihandelsabkommens TTIP droht den europäischen Schweinehaltern die Konkurrenz mit folgenden Schweinehaltungsbedingungen in den USA (nach top agrar 1/2015): Tierschutz-Nutztierhaltungs-Verordnungen oder ähnliche gesetzliche Vorgaben existieren dort dem-

nach heute und wohl auch auf absehbare Zeit nicht. Es gibt lediglich freiwillige und wenig konkretisierte Leitlinien für Teilnehmer am Programm „Pork Assurance Plus“ – aber lediglich für „tiergerechte Fütterung“, Vorbeugung gegen Krankheitsverbreitung und „pflegliche Behandlung bei Verladung

und Transport“. Vorgaben zur Spaltenbreite (oft 38 mm bei Sauen) gibt es ebenso wenig wie zu den Maßen von Sauen-Kastenständen oder Abferkelbuchten. Selbst die von der starken US-Tierschutz-Lobby ab 2017 erzwungene Gruppenhaltung in den Warteställen des Sauenkonzerns Smithfield schreibt

nur 1,5-1,8 qm für jede tragende Sau vor (in der EU 2,25 qm).

## Güllelagunen

Nur beim Gülleproblem greift der Staat, vor allem in den Intensivregionen

Fortsetzung auf Seite 14 unten

# Mehr Milchpulver für den Weltmarkt

Molkereien und Lebensmittelkonzerne aus der EU setzen auf billige Exporte in Entwicklungs- und Schwellenländer

Die Nachfrage nach Milchprodukten nimmt weltweit zu. Vor allem in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern können sich dank zunehmender Kaufkraft mehr Menschen höherwertige Nahrungsmittel leisten. Die europäische Milchindustrie sieht hier gemeinsam mit der EU-Kommission und der Bundesregierung neue Wachstumsmöglichkeiten. Wir müssen mehr exportieren – so das Argument – weil die Nachfrage in der EU selbst nicht oder kaum noch zunimmt. Mit dem Ende der Milchquote könnten die europäischen MilcherzeugerInnen von den neuen Märkten profitieren.

Ein Blick auf die Entwicklung der Handelsströme und Investitionsstrategien der EU-Milchwirtschaft macht deutlich, in welche Richtung sich die Exportstrategie entwickelt und was dies für die MilchbäuerInnen in der EU und ihre Exportmärkte bedeuten kann. In den letzten Jahren sind nämlich vor allem die EU-Exporte von standardisierten Massenprodukten, vor allem von Magermilchpulver, wieder stark angestiegen. Im letzten Jahr hat die EU wieder genauso viel Milchpulver exportiert wie im Jahr 2000. Größter Absatzmarkt ist nach wie vor Nordafrika mit den arabischen Ländern; zweit-

größter ist Ostasien, vor allem China, wo es bis vor kurzem die höchsten Wachstumsraten gab; und an dritter Stelle liegt Afrika südlich der Sahara, mit einem langsameren, aber sehr kontinuierlichen Zuwachs.

Dass dies kein vorübergehendes Phänomen ist, zeigt sich daran, dass gerade in Deutschland große Molkereien in neue Anlagen für die Milchtrocknung investieren und dies häufig mit der stärkeren Exportorientierung begründen.

Gleichzeitig investieren europäische Molkereiunternehmen wie Friesland-Campina, Arla und Danone in den Molkereisektor Westafrikas. Dabei gehen die meisten Investitionen in Unternehmen, die sich darauf spezialisieren, Milchpulver entweder direkt an EndverbraucherInnen zu vermarkten oder zu Kondensmilch, Jogurt oder Ähnlichem weiterzuverarbeiten. Damit sichern diese Unternehmen den Absatz von europäischem Milchpulver. Die Chancen afrikanischer BäuerInnen, die wachsenden städtischen Märkte selbst zu beliefern, werden dadurch verbaut oder zumindest geschmälert.

Erfolgreich ist dieses Modell nur, wenn die Preise für Milchpulver aus der EU „wettbewerbsfähig“, also nied-

rig, sind. Der seit Anfang des Jahres stattfindende drastische Verfall der Milchpreise in der EU passt also hervorragend zu diesem Konzept. VerliererInnen sind MilchbäuerInnen in Süd und Nord, die die Kosten einer sozial und ökologisch verträglichen Produktion nicht mehr decken können.

Eine Strategie, die statt auf niedrige Kosten und Preise auf höhere Qualität in Erzeugung und Verarbeitung setzt,

bietet bessere Chancen auf auskömmliche Preise und ist nicht auf immer höhere Produktionsmengen angewiesen. Sie stünde auch nicht im Widerspruch zum entwicklungspolitischen Ziel, regionale Märkte und Wertschöpfungsketten in Entwicklungsländern zu entwickeln.

Tobias Reichert,  
Germanwatch



Für Ernährungssouveränität und gegen Exportdumping: Auch bei Milch

Foto: Jasper

Fortsetzung von Seite 13

des „Cornbelt“, schärfer durch: In North Carolina werden seit ca. 15 Jahren keine neuen Güllelager mehr genehmigt, so dass man nur vorhandene Lagerstätten nutzen oder zukaufen kann oder bei Neubauten alte Ställe abreißen muss. In Iowa und Minnesota soll eventuell der Einbau von Folien in „Güllelagunen“ (Erdbecken) vorgeschrieben werden. In Bundesstaaten mit einem Verbot von Lagunen baut man große Gülle-Lagerbecken unter den Spalten. Bei Mastschweinen kostet ein Stallplatz bei einem Flächenangebot pro Tier von 0,7 qm umgerechnet nur 140 Euro (in Deutschland 400 bis 600 Euro). Das liegt an den standardisierten Billig-Normställen mit 25 mm Spaltenbreite, in welchen die Ferkel direkt nach dem Absetzen (21.- 26. Lebenstag, 6-7 kg) eingestallt werden und auf den Spaltenböden bis zur Schlachtung (mit 120-130 kg) verbleiben.

Die Innen-Technik ist einfach und billig (zumeist Trockenfutter-Automaten) – angeblich wegen des ungelehrten Billig-Stallpersonals aus Mexiko.

Die Gebäudehüllen sind einfach gedämmt und in milderer Regionen sogar seitlich offen (mit Jalousien im Winter) und Coolpads (befeuchteten Lamellen) für den Sommer. Die Lüftung bei diesen Offenställen besteht aus großen Absauge-Ventilatoren. Baugenehmigungsverfahren gibt es nicht: Der Investor meldet seinen Wunschstandort mit vorhandener Güllelagune sowie die Zahl der Tiere an die Behörden, die dann lediglich das Verhältnis zwischen Tierzahlen und Gülle-Lager und die Verlegung des Stromanschlusses überprüfen. Etwa 75% der US-Mastschweine unterliegen der Vertragsproduktion für große „Integratoren“ (Futtermittel-, Fleisch- und Sauen-Konzerne).

## Geringeres Niveau

Die Farmer bauen den Stall auf eigene Kosten und stellen Wasser, Strom und Personal – der Konzern liefert die Tiere, das Futter und gegebenenfalls Medikamente und Tierärzte und kontrolliert den Mastverlauf. Die Fütterung basiert auf Körnermais und Soja

sowie auf DDGS-Trockenschlempe aus der Ethanol-Produktion. Leistungsfördernde Fütterungsantibiotika zu Mastbeginn und während der Mast sind noch nicht verboten, Zink und Kupfer werden oberhalb der deutschen Normen verfüttert. Die örtliche und kostengünstige Futterbasis an Mais und Soja führt zu hohen Eiweiß- und Energiegehalten im Futter. Das Leistungsniveau pro Tier ist mit 24 Ferkeln pro Sau deutlich geringer als in der EU – das US-System ist stärker auf Kostensenkung und auf Problemlösung der Abläufe ausgerichtet, und das alles in sehr viel größeren und agrarindustriellen Dimensionen bis zu 50.000 Sauen pro Anlage: Der multinationale Smithfield-Konzern (mittlerweile übernommen von der chinesischen Shuanghui-Gruppe) hält eine Million Sauen (incl. Mexiko, Polen und Rumänien), viele andere Konzerne kontrollieren Hunderttausende von Sauen.

In letzter Zeit waren die Gewinne in den USA durch hohe Erzeugerpreise (bei sinkenden Futterkosten) relativ

hoch (in Spitzenzeiten an die 50 Euro pro Schwein) – allerdings unterbrochen durch Phasen knapper und teurer Ferkel. Der Schweinehalterverband National Pork Board rechnet trotz steigender Erzeugungsmengen weiterhin mit 1,50 – 1,70 Euro pro kg Schlachtgewicht und mit Ferkelpreisen unter 100 Euro. Diese Schweine-Erzeugerpreise beruhen auf dem durch Dürre verursachten Rückgang der Rindfleischherzeugung. Sorgen bereiten die anhaltenden Probleme mit dem PED-Virus, dem bereits viele Millionen Ferkel zum Opfer fielen. Die USA setzen trotzdem auf eine massive Steigerung der Exporte – nach China, (auf Umwegen) nach Russland – und mittels TTIP nach Europa. Vor allem eine hiesige artgerechte Tierhaltung auf „Bauernhöfen statt Agrarfabriken“ für Klasse statt Masse steigert die Chancen zur Verhinderung von TTIP.

Eckehard Niemann,  
AbL-Vertreter im Bündnis  
Bauernhöfe statt Agrarfabriken



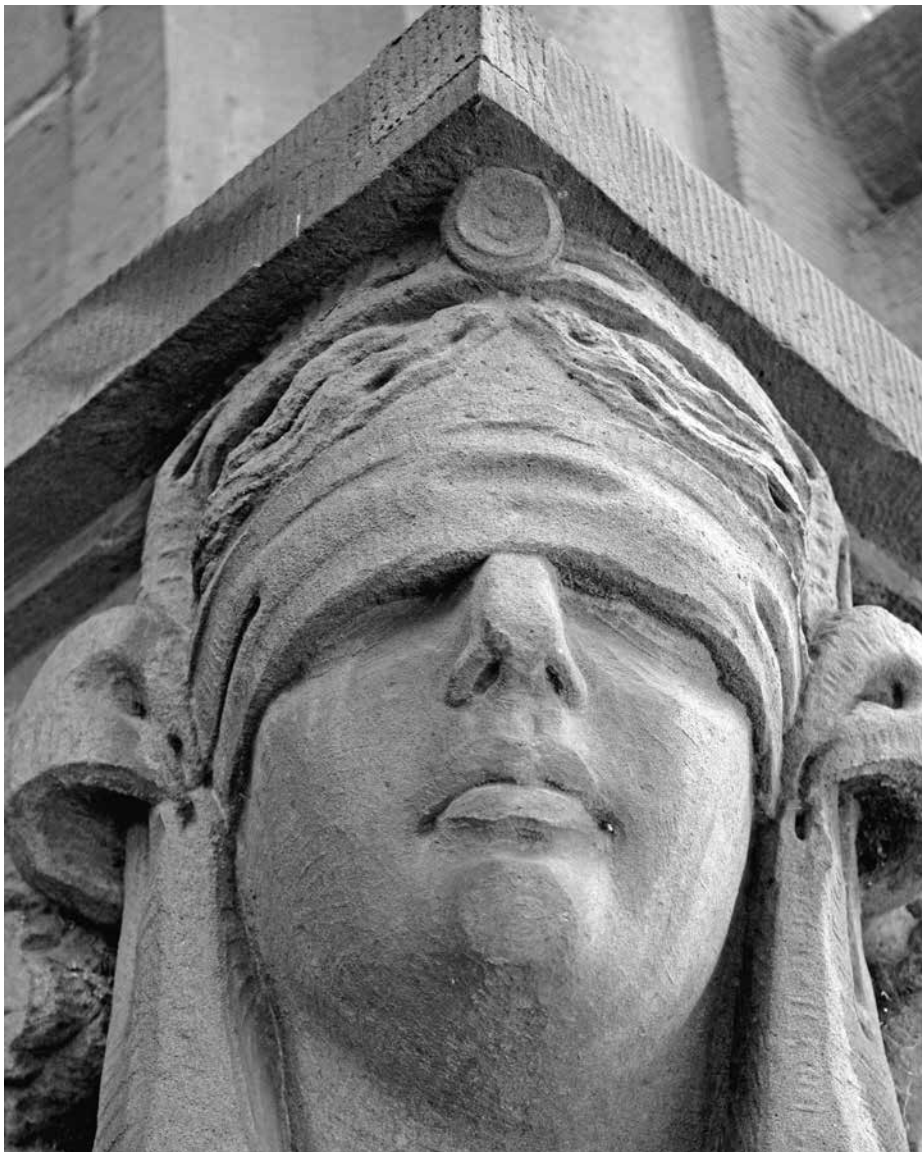
# Oberlandesgericht entscheidet im Wettbewerb

Frage der Anwendbarkeit der Saatgutaufzeichnungsverordnung beim Nachbau

**E**s geht wieder einmal um die Frage, ob Bauern und Bäuerinnen den Namen der Sorte ihres Erntegutes nennen müssen, wenn sie es beim Aufbereiter reinigen lassen. Darüber wird das Oberlan-

desgericht in Karlsruhe am 26. August verhandeln. Es ist ein Berufungsverfahren, in dem die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) eine landwirtschaftliche Genossenschaft dazu verpflichten

will, bei der Annahme von Aufbereitungsaufträgen von ihrer landwirtschaftlichen Kundschaft Sortennamen abzufragen. Die STV beruft sich auf die Saatgutaufzeichnungsverordnung und argumentiert, es entstehe ein unlauterer Wettbewerb, wenn die Aufbereiter die Sortennamen nicht dokumentieren würden. Die Saatgutaufzeichnungsverordnung bezieht sich jedoch auf das In-Verkehr-Bringen von Saatgut, dieses soll unter Nennung des Sortennamens dokumentiert werden. Erntegut, das der Bauer für den Nachbau aufbereiten lassen will, wird aber überhaupt nicht in den Verkehr gebracht. Es verbleibt in seinem Besitz und wird nur per Dienstleistung vom Aufbereiter behandelt. Nachvollziehbar ist, dass es beim Verkauf von Saatgut ob möglicher späterer Rechtsansprüche (Schadensersatz) nützlich und sinnvoll sein kann, Sortennamen zu dokumentieren, wie es die Saatgutaufzeichnungsverordnung vorschreibt. Wenn aber gar kein Besitzerwechsel stattfindet, können auch keine späteren Rechtsansprüche entstehen; also wäre es abwegig, die Saatgutaufzeichnungsverordnung hier in Stellung zu bringen. Das Landgericht in Mannheim urteilte allerdings im Sinne der STV. Die betroffene Genossenschaft ging mit der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze in Berufung. Das Oberlandesgericht in Karlsruhe hat sich bereits schriftlich in einer Sache geäußert. Es hat der STV den Hinweis gegeben, dass es die Anwendung der Saatgutaufzeichnungsverordnung im Zusammenhang mit dem Argument des unlauteren Wettbewerbs für eigentlich nicht möglich hält. Die STV nutzt mit der Saatgutaufzeichnungsverordnung eine Marktverhaltensregelvorschrift, die nicht im Wettbewerbsrecht verankert ist. Das war im deutschen Recht bis zur jetzigen Harmonisierung des EU-Rechts möglich. Nun müsste es auch im EU-Recht ein Äquivalent zur Saatgutaufzeichnungsverordnung geben, damit der juristische Brückenschlag zum EU-Wettbewerbsrecht auch dort funktioniert. Gibt es aber nicht, schreibt das OLG der STV. Wie sich das in der mündlichen Verhandlung auswirkt, kann am 26. August miterleben, wer nach Karlsruhe reist. *cs*



Justitia in Karlsruhe ist gefragt

Foto: Büsing/pixelio

## Ohne Nachbaugesetze

Advance heißt die Winterraps-Liniensorte des unabhängigen Züchters Mike Pickford, die ab sofort, organisiert von IG-Nachbau-Sprecher und Bauer Gerhard Portz, auch in Deutschland zu haben ist. Das Besondere ist, dass Züchter Pickford Bauern und Bäuerinnen den Raps ohne Nachbaugesetze zur Verfügung stellt. Advance zeichnet sich durch eine Unkraut unterdrückende Jugendentwicklung und eine robuste Gesundheit sowie durch einen hohen Ertrag und Ölgehalt aus. *cs*

Nähere Informationen bei Gerhard Portz, Tel:06502-2298.

## KWS veröffentlicht Zahlen zum Nachbau

Ungewöhnlich offen hat die Kleinwanzlebener Saatzucht (KWS), eines der führenden deutschen Pflanzenzüchtungsunternehmen, die auf der vergangenen Aktionärsversammlung gestellten Fragen zu Nachbaugesetzen beantwortet. So legt das Unternehmen beispielsweise dar, dass es seit 2005 zwischen 6,3 und 7,3 Millionen Euro jährlich an Z-Lizenzen beim Verkauf von Saatgut einnimmt. Dem gegenüber stehen in dem Zeitraum jährliche Einnahmen von Nachbaugesetzen zwischen 0,8 und 1,9 Millionen Euro. Im Getreidebereich machen die Nachbaueinnahmen 3 % des Gesamtgeschäftes aus. Von den Nachbaueinnahmen abgezogen ist bereits ein jährlicher Betrag von 72.000 Euro, den die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) für Rechtsklärung und -beratung erhält. Damit bearbeitet sie rund 336 Verfahren im Jahr, in die eine KWS-Sorte involviert ist. Laut KWS-Angabe sind das 0,37 % der von der STV verfolgten Nachbaugesetze, die bei jährlich fast 92.000 liegen. Auf die Frage nach dem Vorgehen der STV gibt die KWS an, mit der Arbeit der STV zufrieden zu sein, da sie in erster Linie Landwirten und Kunden vermittele, warum es im gemeinsamen Interesse liege, den Zuchtfortschritt durch eine vernünftige Finanzierung der Pflanzenzüchtung sicherzustellen. Dabei seien Gerichtsverfahren die Ausnahme. Es sei vielmehr das Ziel der STV, mit den Landwirten stärker in den Dialog zu treten und eine Vertrauenskultur zu entwickeln. *cs*

# „Klonfood“ in der politischen Debatte

Auf EU-Ebene wird demnächst entschieden, ob strenge Regeln gelten sollen

Vor 20 Jahren wurde das Schaf Dolly als erstes Säugetier aus ausdifferenzierten, adulten Zellen geklont. Dolly bekam im auch für Schafe zarten Alter von fünf Jahren Arthritis und starb zwei Jahre später an einer schweren Lungenkrankheit. Seitdem hat sich nicht viel getan in der Klontechnik, und selbst nach 30 Jahren Forschung und abertausend per Klontechnik entstandenen Embryonen ist die Erfolgsrate minimal. Im Gegensatz zur konventionellen Zucht, wo auch der Zufall eine Rolle spielt, macht es die Reproduktion von nahezu identischen Kopien eines Tieres möglich, in der intensiven Landwirtschaft erwünschte Eigenschaften rasch weiterzugeben. Die Klontiere selbst sind viel zu wertvoll zum Schlachten. Sie dienen als Zuchttiere. So werden z. B. Bullen geklont, welche eine hohe Milchleistung bei Kühen weitervererben. Wenn wir also von „Klonfood“ sprechen, sind Lebensmittel wie Fleisch und Milch gemeint, die von Nachkommen geklonter Tiere stammen. Sinn und Zweck der Klontechnologie in der Landwirtschaft ist es, Nachkommen für die Lebensmittelproduktion zu erzeugen. Da ein geglücktes „Klon-Experiment“ große Gewinne verspricht, werden die miserable Erfolgsrate und Nachteile für die Tiere in Kauf genommen.

## Was sagen die Verbraucher dazu?

Das „Eurobarometer Spezial Biotechnologie“ von 2010 zeigt, dass die EuropäerInnen starke Vorbehalte gegenüber dem Klonen von Tieren zur Lebensmittelproduktion haben. So be-

zeichneten fast 80% der Bevölkerung das Klonen zu diesem Zweck als vollkommen widernatürlich, und 70% fanden, dass es nicht gefördert werden sollte. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA kommt zu dem Schluss, dass es bei Schweinen und Rindern bezüglich der Lebensmittelsicherheit keine Hinweise auf Unterschiede zwischen Fleisch und Milch von Klontieren bzw. deren Nachkommen und von konventionell gezüchteten Tieren gebe. Jedoch verweist sie auf Unsicherheiten bei der Risikobewertung, auf die geringe Effizienz der Technik (hoher Embryonen-„verbrauch“) sowie auf große Probleme das Tierwohl betreffend.

## EU-Regelungen sind überfällig

Derzeit gibt es auf der Ebene der EU keine spezifischen Regelungen zu „Klonfood“. Die Verordnung über neuartige Lebensmittel von 1997 bestimmt, dass Lebensmittel, die von geklonten Tieren stammen, eine Zulassungsprozedur durchlaufen müssen, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen. Regelungen zu Lebensmitteln, die von Nachkommen von Klontieren stammen, gibt es hingegen nicht. Das Europäische Parlament hingegen forderte mit überwältigender Mehrheit über alle Parteigrenzen hinweg ein Verbot von Lebensmitteln, die von Klontieren oder deren Nachkommen stammen. Mühselige Verhandlungen mit dem Europäischen Rat führten zu keinem Ergebnis. Der Gesetzesvorschlag scheiterte schließlich im März 2011. Schon während der zahlreichen Diskus-

sionen im Europaparlament hatte die Europäische Kommission immer wieder deutlich gemacht, dass sie weitreichende Regelungen zu „Klonfood“ nicht unterstütze.

## Belanglose Vorschläge

Nach langem Drängen seitens des Europaparlaments legte die Kommission im Dezember 2013 endlich zwei Gesetzesvorschläge vor. Einer der Vorschläge bezweckt, das Klonen von Tieren und das Inverkehrbringen von Klontieren und Klonembryonen übergangsweise zu verbieten. Der andere Vorschlag zielt auf ein vorläufiges Verbot des Inverkehrbringens von Lebensmitteln von Klontieren ab. Beide Vorschläge haben den Stellenwert von Richtlinien und sind daher nicht unmittelbar in den Mitgliedsstaaten wirksam. Auch sollen sie zunächst nur für einen Zeitraum von fünf Jahren gelten.

Betreffend die Rückverfolgbarkeit von Reproduktionsmaterial und Nachkommen von Klontieren werden keinerlei Maßnahmen vorgeschlagen. Und dies, obwohl bereits ein Kommissionsbericht aus dem Jahr 2010 dies als einfach umsetzbar bezeichnete. So wüsste zumindest der Landwirt, ob das im Katalog bestellte Bullensperma von einem Klontier stammt oder nicht.

Zudem wurden keinerlei Maßnahmen für Lebensmittel von Nachkommen von Klontieren vorgeschlagen. Unerhört, wenn man bedenkt, dass das Europaparlament ein Verbot gefordert hatte und mindestens die Kennzeichnung von frischem Rindfleisch der ersten Generation Nachkommen von Klontieren 2011 noch Konsens war.

## Die Schatten des TTIP

Hochrangige Regierungsvertreter der USA, Kanadas, aber auch verschiedener südamerikanischer Staaten sind bei der EU-Kommission im Rahmen der Verhandlungen zum Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP vorstellig geworden. Sie wollen weit gehende Regelungen verhindern. Alle diese Länder betrachten „Klonfood“ als „im Wesentlichen gleichwertig“ mit normalen tierischen Produkten und haben daher keine spezifischen Regelungen eingeführt. Würde die EU nun Rückverfolgbarkeitsregeln oder eine Kennzeichnung einführen, wäre der Marktzugang dieser ausländischen Produkte erschwert.

## Wie geht es weiter?

Im Europaparlament haben die zuständigen Abgeordneten beschlossen, die beiden Vorschläge der Kommission gemeinsam zu behandeln, so dass ein Mitentscheidungsrecht für das Europaparlament sichergestellt ist. Der am 17. Juni 2015 im Umwelt- und Agrarausschuss verabschiedete Text fordert neben dem Verbot des Klonens von Nutztieren ein Verbot des Inverkehrbringens und des Imports von Klontieren und deren Nachkommen, von Vermehrungsmaterial von Klontieren sowie von Lebensmitteln von geklonten Tieren und deren Nachkommen. Um strenge Kontrollen zu ermöglichen, werden Rückverfolgbarkeitsregeln gefordert. Außerdem wird die Richtlinie in eine unmittelbar wirksame Verordnung umgewandelt und das von der Kommission vorgesehene befristete Moratorium in ein klares Verbot. Es ist anzunehmen, dass das Plenum des Europaparlaments im September das Votum der Ausschüsse stützt. Dann werden die Verhandlungen mit dem Rat beginnen, welcher sich bisher noch nicht geäußert hat. Hier ist es wichtig, dass sich bedeutende Mitgliedsstaaten wie Deutschland für strenge Regeln stark machen. Sowohl der Koalitionsvertrag wie auch ein im Mai einstimmig angenommener Antrag sehen neben dem Verbot des Klonens von Tieren und des Imports von geklonten Tieren und deren Fleisch immerhin eine Kennzeichnungspflicht für Nachkommen von geklonten Tieren und deren Fleisch vor. Im Antrag wird zudem die Kennzeichnung der Zuchtmaterialien (insbesondere Import-Sperma) von geklonten Tieren und deren Nachkommen gefordert. Bisher war jedoch von einem Engagement der Bundesregierung auf europäischer Ebene nichts zu merken. Die EU wird nicht umhinkommen, eine Entscheidung zu treffen: im Sinne der amerikanischen Rindfleischexporteure oder aber im Sinne der europäischen Verbraucher, denen sie verpflichtet ist.

Corinna Zerger,

Referentin für Die Grünen/Europäische Freie Allianz im EU-Parlament

Dieser Artikel erschien erstmals in OEKOSKOP 1/2015, Fachzeitschrift der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), Schweiz.



Keine Klone

Foto: Werner/pixelio



# Mehr Land für Biohöfe

Alternative Bodenfonds steigen in die Landwirtschaft ein

Die Nachfrage nach Bioprodukten wächst. Schon heute ist die heimische Produktion nicht in der Lage, die Nachfrage zu decken. Dies liegt auch daran, dass die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe bzw. die ökologisch bewirtschafteten Flächen nur sehr langsam zunimmt.

Dabei gibt es motivierte, gut ausgebildete Menschen, die gerne in der ökologischen Landwirtschaft arbeiten, einen Betrieb übernehmen oder leiten würden. Wenn kein eigener Betrieb von den Eltern übernommen und weitergeführt werden kann, haben Neueinsteiger aufgrund der hohen Anfangsinvestitionen für Betriebsgebäude, Flächen, Maschinen und Tiere nicht selten eine unüberwindbare erste Hürde zu nehmen. Der Einstieg in die aktive selbstständige Landwirtschaft dürfte vielen Interessierten damit unmöglich erscheinen. Nur wer die Anfangsinvestition über eigene Mittel, z. B. in Form eines Erbes, aufbringen kann, bewahrt sich eine Unabhängigkeit, die allerdings durch den Kauf und über Jahrzehnte laufende Bankdarlehen zumindest in Frage gestellt wird.

Gerade in den vergangenen Jahren ist das gesellschaftliche Bewusstsein für eine nachhaltige Landwirtschaft enorm gestiegen. In vielen Regionen Deutschlands gibt es Initiativen und Kooperationen zwischen Bäuerinnen und Bauern auf der einen sowie Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite. Eine besonders intensive Form des Zusammenschlusses stellt hierbei sicherlich die Solidarische Landwirtschaft dar.

Eine weitere Form, gesellschaftliches Engagement auf die Höfe bzw. in die Landwirtschaft zu bringen, ist die finanzielle Unterstützung durch den Kauf einzelner Flächen oder ganzer Betriebe. Die BioBoden-Genossenschaft im Dunstkreis der GLS-Bank und die Kulturland-Genossenschaft sind hier zwei Modelle, mit denen versucht wird, das finanzielle Engagement engagierter Bürger zum Erwerb von ökologisch zu bewirtschaftenden Flächen oder Betrieben zu nutzen.

## BioBoden-Genossenschaft

Die GLS-Bank ist schon seit vielen Jahren im Bereich der Finanzierung ökologischer Betriebe, auch im nachgelagerten Bereich, aktiv. Mit den Vorläufern, dem Bio-Bodenfonds und der BioBodenGesellschaft, ist die GLS-Bank schon seit längerem im Bereich

Boden engagiert. Im Hintergrund stand nach eigener Darstellung immer der Wille, Boden dem Spekulationskreislauf zu entziehen. Während der Bio-Bodenfonds den Einlegern eine Rendite von ein bis zwei Prozent in Aussicht stellte, die über den Pachtzins finanziert wurde, hat die BioBoden-Genossenschaft vorerst als einziges Ziel, kostendeckend zu arbeiten. Wie mit einem in der Zukunft eventuell anfallenden Gewinnen verfahren werden soll, wird dann von den Mitgliedern entschieden. Die Genossenschaft selbst firmiert als landwirtschaftlicher Betrieb. Das ist unter anderem für das Auftreten am Bodenmarkt von Vorteil, weil sie damit gleichberechtigt mit anderen Landwirten Land kaufen darf. Die finanziellen Mittel sollen von Bürgerinnen und Bürgern eingeworben werden, die sich auf diese Weise engagieren wollen. Die Mindestbeteiligung liegt bei 1.000 Euro und ist nach oben offen. Der Wert für den Anleger ist eine sozial-ökologische Rendite, also die Überzeugung, etwas Gutes getan zu haben.

Neben einzelnen Flächen möchte die Genossenschaft auch ganze Höfe bzw. Betriebe kaufen und mit Angestellten bewirtschaften. „Viele junge Landwirte wollen nach ökologischen Kriterien arbeiten“, stellt BioBoden-Vorstand Uwe Greff fest, „doch leider fehlt ihnen oft das Geld, einen Hof zu pachten, geschweige denn zu kaufen und dann zu betreiben. Das wollen wir ändern. Gemeinsam mit vielen Menschen und unseren Partnern aus der Naturkostbranche verbinden wir beiden Seiten und sichern so Flächen für die Öko-Landwirtschaft, beziehungsweise bauen sie aus.“

Die von der Genossenschaft erworbenen Flächen oder Betriebe sollen Bio-Bauern langfristig zur Verfügung gestellt werden, mit der grundsätzlichen Auflage, sie nach den Grundsätzen eines Öko-Anbauverbandes zu bewirtschaften. Greff hat auf vielen Vorträgen die Erfahrung gemacht, dass viele junge Menschen das Risiko und die lange Bindung scheuen, die ein Kauf bzw. eine Pacht für sie bedeuten. Eine andere Gruppe von Interessierten kommt von Großbetrieben und möchte einen ebensolchen führen, nicht aber kaufen. Für beide Gruppen, so Greff, ist das Angestelltenmodell der BioBoden-Genossenschaft von Vorteil. Wenig konkret werden die Aussagen zur konkreten Umsetzung bzw. zur Entwicklung der Ziele eines neuen Betriebs.



Agrarstruktur gestalten

Foto: Klosowski/pixelio

Wer bestimmt die Ausrichtung, die Fruchtfolge, den Tierbestand, die Wirtschaftsintensität? Welche Rolle spielen hierbei die angestellten Landwirte? Ist der größte Gewinn gleich der beste Weg? Ökologische Landwirtschaft war in der Vergangenheit immer angetrieben durch die Innovationen von Einzelnen. Bleibt hierfür im Angestelltenverhältnis Platz?

## Freier Bauer

Jan Sommer, selbst Landwirt auf einem wieder eingerichteten Hof mit ca. 30 ha östlich von Berlin, sieht dies kritisch. Er beobachtet viele der umliegenden konventionellen und ökologischen Betriebe und stellt fest, dass die Fluktuation der Angestellten bis hin zum Betriebsleiter erheblich ist. Eigenverantwortlich geführte Betriebe schaffen Vielfalt. Nicht nur auf dem Hof selbst, sondern auch im sozialen Umfeld. „Die Verantwortung fühlt sich an manchen Tagen sehr gut an“, berichtet Sommer von seinen Erfahrungen, „an anderen drückt sie und ist belastend.“ Genau dieses Spannungsfeld aber macht für ihn das Leben als Bauer aus. Die Verantwortung an den Geschäftsführer einer Genossenschaft abzugeben, kann er sich nicht vorstellen. Auch spiegelt sich die Eigenverantwortung im sozialen Engagement in den Orten. Den Arbeitsplatz auch als langfristigen Lebensraum zu begreifen, an dem es sich rentiert bzw. man die Notwendigkeit sieht sich einzubringen. „Ein Erntedankfest im Dorf fühlt sich als freier Bauer anders an als als Angestellter“, ist sich Sommer sicher.

Nicht selbst bewirtschaften, aber dennoch Flächen sichern, das will auch

die Kulturland-Genossenschaft. Vorstand Dr. Titus Bahner erwartet, dass in den kommenden Jahrzehnten viele Äcker verkauft werden, weil diese inzwischen von den Eltern, die sie selbst noch bewirtschafteten, an die Kinder übergegangen sind, die Landwirtschaft zumindest noch aus ihrer Kindheit kennen. Spätestens die nächste Generation jedoch habe die Bindung an die Flächen verloren und sei einem Verkauf gegenüber nicht abgeneigt.

Betroffen sind auch Flächen von Biohöfen, die oftmals finanziell nicht in der Lage seien, die Flächen selbst zu erwerben, aber dennoch auf diese angewiesen sind, so Bahner. Hier sieht Kulturland seine Aufgabe. Ähnlich wie bei der BioBoden-Genossenschaft sollen Bürgerinnen und Bürger Mitglieder werden, mit dem Zweck, Flächen für Biobetriebe zu sichern und diesen langfristig zu verpachten. Angestrebt wird, einen regionalen Bezug zwischen Mitgliedern und den unterstützten Betrieben herzustellen, um auf diese Weise eine über die finanzielle Beteiligung hinausgehende Bindung und damit eine kulturelle Identität zu stiften.

Die Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft und der Wunsch der Verbraucher, bei den Produktionsmethoden mitzureden, spiegeln sich auch in der Frage, wem das Land gehört, auf dem die Lebensmittel angebaut werden. Von Landwirten über Kapitalgesellschaften bis hin zu gesellschaftlich getragenen Genossenschaften gibt es verschiedenste Konstrukte. Es scheint dringend geboten, sich mit der Frage nach dem Zugang zu Boden als Grundlage der Ernährung auseinander zu setzen.



# Wenn der Acker im Meer versinkt

Bauern in Indien arbeiten mit salztoleranten Reissorten

**A**m Anleger herrscht Hochbetrieb, eine Fähre hat gerade abgelegt, eine andere kommt an, die Passagiere stehen in den offenen Booten so dicht gedrängt wie Londoner in der U-Bahn. Körbe mit lebenden Hühnern und Gemüse werden entladen, während zwei Arbeiter meterlange Eisenstangen auf einem Lastkahn verstauen. Die beiden Ströme, die hier zusammenkommen, sind Teil des Hooghly Delta im indischen Bundesstaat West Bengal. „Sunderbans“ heißt die Küstenregion der Bucht von Bengalen, die sich von Indien bis weit ins benachbarte Bangladesch erstreckt. Die Menschen hier leben mit und auf dem Wasser, die Grenzen zwischen Land und Meer lösen sich auf. Wechselnd mit den Gezeiten führen Flüsse und Kanäle Salz- oder Süßwasser. Zum indischen Teil der Sunderbans gehören 104 Inseln; gut die Hälfte ist bewohnt, die anderen sind mangrovenbewachsen und Heimat für Tiger.

## Eine neue Zeitrechnung

„Die Sunderbans sind die vorderste Front, wenn es um Klimawandel geht“, erklärt Dr. A.K. Ghosh. Er ist Biologe und Präsident von ENDEV, einer Nichtregierungsorganisation (NRO), die sich um nachhaltige Landwirtschaft und Umwelt kümmert und seit Jahren mit Reisbauern in den Sunderbans zusammenarbeitet. Der 25. Mai 2009 ist ein Datum, das niemand hier vergisst – an jenem Montag erreichte der Wirbelsturm Aila mit Windgeschwindigkeiten von 200 Kilometern pro Stunde die Küste von Indien und Bangladesch, bis zu zehn Meter hohe Wellen

wuschen über die Inseln. Allein im indischen Teil der Sunderbans kamen fast 200 Menschen um. Die Überlebenden hatten oft nicht nur ihren gesamten Besitz verloren, sondern auch ihr Ackerland: Ende Mai, kurz vor Beginn des Monsuns und dem Zeitpunkt für die Aussaat von Reis, waren die Böden plötzlich mit Salzwasser durchtränkt und unbrauchbar.

## Der Reis, der Salz verträgt

Den ENDEV-Mitarbeitern war klar, dass nur mit salztoleranten Reissorten überhaupt eine Ernte möglich sein würde. Sechs solcher Reissorten existieren in West Bengal, das wusste man von Naturschützer und ENDEV-Mitglied Debal Deb, der seit Jahren endogene Reissorten identifiziert, in Zusammenarbeit mit Bauern auf deren Feldern in „lebenden Saatgutbanken“ erhält und züchterisch weiterentwickelt. In ganz Indien konnte ENDEV gerade noch zehn Kilogramm Saatgut auftreiben – manchmal in Kleinstmengen: Die Universität in Kalkutta z. B. steuerte genau 25 Reissamen bei. Zu den 15 Bauern, die 2009 salztolerantes Saatgut erhielten, gehört Sukumar Sardar. Das Wohnhaus und die kleine Scheune bestehen aus einem luftigen Bambusgeflecht und sind mit Reisstroh gedeckt, der Hof besteht aus sauber gefegtem, gestampftem Lehm. Das Dorf ist entlang der Straße auf einer schmalen Landzunge zwischen zwei Kanälen gebaut. Stolz zeigt Sukumar Sardar die 14 verschiedenen endogenen Reissorten, die im Dorf angebaut werden, darunter ist der salzresistente Talmugur. Auf den meisten Feldern ist der Salzgehalt seit



Im Hooghly Delta sind Holzfähren die Transportmittel Nummer eins

Fotos: Kunz

Aila wieder so weit zurückgegangen, dass normale Reissorten angebaut werden können. Aber die Stürme, die regelmäßig von der Bucht von Bengalen über die Sunderbans ziehen, überfluten immer wieder einige Äcker, weshalb Herr Sadar weiter salztoleranten Reis anbaut. Die Erträge entsprechen denen, die seine Nachbarn mit anderen endogenen Reissorten erzielen. Es ist nicht so viel wie bei den Hybridsorten, aber dafür haben die Bauern deutlich geringere Kosten. Sie benutzen keinen oder minimale Mengen Kunstdünger und keine Herbizide oder Pestizide. Nach Aussagen der Bauern sind die endogenen Sorten weniger krankheitsanfällig. Dafür hat der Reis eine besonders gute Qualität, die auf den Märkten in Kalkutta geschätzt wird und wegen des guten Geschmacks Höchstpreise erzielt.

## Steigender Bedarf

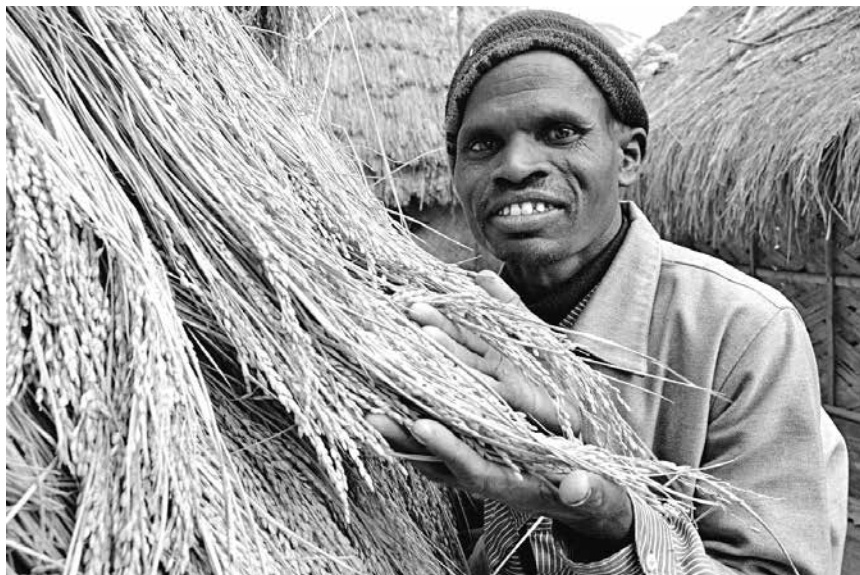
Bereits vor Aila arbeitete ENDEV mit Bauern in den Sunderbans an der Wiedereinführung alter Sorten. „Allein in West Bengal gab es Mitte des letzten Jahrhunderts noch 6.000 Reissorten“, sagt Dr. Ghosh, „heute sind es 500.“ Einzige Bedingung für die Bauern: Für jedes Kilo Saatgut das sie bekamen, mussten sie nach der Ernte die doppelte Menge an eine lokale Samenbank zurückgeben. ENDEV und die örtlichen, kleineren, an diesem Projekt beteiligten NROs, haben weder genug Geld noch genug Mitarbeiter, um eine genaue Auswertung vornehmen zu können. Soviel steht fest: Mehr als 5.000 Bauern bauen inzwischen ausschließlich endogene Sorten an. 2012 nutzten über 100 Bauern salztolerante Sorten, wie viele es jetzt noch sind, ist nicht erfasst. In mehreren Samenbanken stehen 2.000 Kilogramm salztoleranter Reissaat zur Verfügung und Bauern wie Sukumar Sardar bewah-

ren von jeder Ernte Saatgut für die nächste Aussaat auf. Wenn ein Nachbar käme und salztoleranten Reis bräuchte, würde er selbstverständlich aushelfen, sagt er. Das wird zunehmend der Fall sein, sowohl in Indien als auch im benachbarten Bangladesch. Nicht nur die Frequenz und Intensität der Stürme nehmen zu, durch die besonderen Bedingungen in der Bucht von Bengalen steigt der Meeresspiegel hier schneller an als in anderen Meeren (1–1,5 mm im Jahr statt 0,28–0,75mm).

## Land unter ab 2050

Um die Küste zu schützen, fördert die indische Regierung die Ansiedlung von Mangroven. Kein einfaches Unterfangen: Nur wenige Arten gedeihen in den Sunderbans. Und selbst wenn die 3.500 Kilometer langen Deiche instand gehalten werden können, für die Inseln ist es ein Überleben auf Zeit. Eine vom WWF in Auftrag gegebene Studie ergab, dass bis 2050 eine Million Menschen – ein Viertel der in den Sunderbans lebenden Bevölkerung – umgesiedelt werden müssen, weil die Mehrzahl der Inseln auch mit Deichen nicht mehr geschützt werden kann. Spätestens seit Aila wissen die Bauern entlang der Küste der Bucht von Bengalen, dass ihr Überleben von salztoleranten Sorten abhängt. Wie lange Sukumar Sardar in den Sunderbans noch Reis anpflanzen wird, ist eine andere Frage. Wenn die Prognose der WWF-Studie stimmt, werden sein Hof und seine Felder spätestens 2050 permanent überflutet sein.

Marianne Landzettel,  
freie Journalistin



Der Reis, der Salzwasser verträgt

## Literaturempfehlung:

Die Inselwelt der Sunderbans und die Bedrohung durch den Klimawandel hat der indische Autor Amitav Ghosh in seinem Roman „Hunger der Gezeiten“ beschrieben.



# Auf der Suche nach Alternativen

Praktikeraustausch beim Feldtag des Eiweißfutterprojektes Niedersachsen

Der konventionelle Milchbauer Wolfgang Johanning steht auf seinem Hof und schmunzelt. „Warum befasse ich mich mit Leguminosen, Anbau von eigenem Futter, hier in dieser Biogasregion mit Druck auf Pachtflächen?“ so begrüßte der Demonstrationsbetriebsleiter des AbL-Projektes Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen (EFN) Anfang Juni neben Bauern – Praktikern – auch einige Berater und Firmenvertreter auf seinem Hof mit 120 Kühen und 120 ha in Rehden, Landkreis Diepholz, zum Leguminosen-Feldtag. Ja, und warum lässt der auch noch BDM-Aktive mit großem Herz und Mut nicht nur eine hofeigene Futtermischung herstellen, sondern sät auch noch Luzernegras ein? Nach der theoretischen, aber trotzdem sehr lebendigen Einführung rund um den Futterbau und der Erkundung auf dem Feld wurde klar: „Luzerne ist ideal in der Rohfaser- und Rohproteinversorgung, wesentlich verdaulicher für Rinder und auch für die Bodenstruktur wunderbar – eine ideale Pflanze mit Potential.“ Das konstatierte Herfried Rohde, Unternehmensberater für Rindvieh- und Schweinehalter bei Hunte-Weser e. V. und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen.

## Technik zum Anfassen

Aber wie bekomme ich Luzerne gut siliert und ohne viel Verlust verfüttert? Darauf gab Ulrich Wiechmann mit seinem Lohnangebot der Schlauchsilierung mit der Feuchtkornmühle eine eindruckliche Antwort – indem er mitsamt seinem Schlepper und Technik auf dem Hof sowohl den ökologisch als auch konventionell wirtschaftenden Betriebsleitern aus

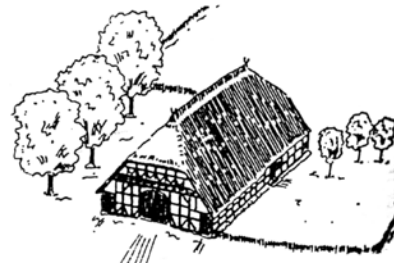
ganz Niedersachsen Rede und Antwort stand. Rund 50 Bauern und Bäuerinnen überwiegend von konventionellen Betrieben waren auf den Hof Johanning gekommen. Sie alle zeigten aber nicht nur Interesse an der Bewertung des Pflanzenaufwuchses. Besonders das Bodenleben und die Bodenstruktur wurden mit Hilfe zweier Bodenprofile genauer betrachtet. Zwischendurch durfte das stärkende Picknick mit Produkten auch des zweiten in der Nähe liegenden Demobetriebs des Projektes nicht fehlen. Der Bioland-Milchviehbetrieb Sandering GbR mit 180 Kühen und 290 ha liefert hauptsächlich an die Biomolkerei Söbbeke. Jedoch ist die Lohnverkäsung einer kleinen Menge Milch zu Schnittkäse, der momentan im regionalen Lebensmitteleinzelhandel zu erwerben ist, ein ausbaufähiges Modell für weitere Familienarbeitsplätze. Der Leguminosenanbau hat in dem Betrieb seinen festen Platz für die Grundfutterversorgung, zugekauft werden getoastete Lupine und Sojapülpe als Krafftutterzusatz. Gestärkt ging es wieder 'rauf auf den Jagdwagen zum nächsten Feld und die Fahrzeit wurde intensiv für ausgiebige Gespräche über eigene Anbauenerfahrungen, Probleme, aber auch Lösungsansätze genutzt. So erreichte dieser Feldtag das angestrebte Ziel des Austausches von Praktikern. Im Herbst wird eine Folgeveranstaltung, auch wieder mit der Beratungsorganisation, vor Ort stattfinden. Dann wird es sich um Wirtschaftlichkeitsberechnungen – besonders von Luzernefütterung – drehen.

Anika Berner,

Projekt Eiweißfutter aus Niedersachsen

## Die Kuh Obelix

Unsere Kinder sind ja arme Heidenkinder, ungetauft, unkonfirmiert. Das hat in unserer Familie immer wieder zu Diskussionen geführt. Meine Mutter meinte: Sollten unsere Gören sich schlecht entwickeln, dann wisse sie schon, woran das liege. Und später, viel später, fragte immer mal wieder eines der Kinder, ob man nicht doch konfirmiert werden könne, schließlich wolle man in der Kirche, im weißen Hochzeitskleid, heiraten. Sagt ein zwölfjähriges



Ein Bauer aus Schleswig-Holstein erzählt

Mädchen! Aber wir wussten, woher der Wind wehte; schließlich erzählen sich die Kids ja auch gegenseitig, in welcher Höhe Geldgeschenke zur Konfirmation einzutrudeln pflegen. Nur ein Beispiel: Als ich selbst konfirmiert wurde, 1983, da war mein Vater gerade Bürgermeister – das ist in diesem Zusammenhang nicht unwichtig – und ich kriegte 2700 Mark zur Konfirmation, und das zum Teil von Leuten,

die ich gar nicht kannte. Es fiel mir nicht leicht, die Hälfte von dem Geld zu spenden, als ich aus der Kirche austrat, mit 18. Allein schon, dass ich nur die Hälfte spendete, war ein Zugeständnis an meine menschliche Schwäche. Aber ich wollte eben unbedingt diese coole Stereoanlage. Wie hätte ich auch sonst die linken, antikapitalistischen Hymnen von Billy Bragg in vernünftigen Sound hören können!

Um den Verzicht auf diese Geschenkeflut für unsere Kinder erträglicher zu gestalten, beschlossen die Liebste und ich, den Kindern jeweils zum vierzehnten Geburtstag ein großes Geschenk zu machen. Dabei richteten wir uns nach den Wünschen unserer Kinder. In diesem Jahr wurde Jon, unser jüngster Sohn, vierzehn. Ebenso wie vor Jahren sein großer Bruder wünschte er sich einen Gamer-PC. Das muss man nicht mögen, aber nun ja, was soll man machen. Was dann geschah, kannten wir schon. Geschichte wiederholt sich eben doch. In der Bude unter'm Dach wird der PC installiert; man sieht seinen Sohn etwa vier Jahre lang nur sehr selten, und wenn er wieder auftaucht, ist er zwei Meter groß, hat deutlich zu dünne Ärmchen und Beinchen, einen blassen Teint und eine sehr ausgeprägte Fingermotorik. Aber das ist eine Phase der Adoleszenz; die Jungs müssen da durch. Dieses tagelange Abhängen vor dem PC, bekleidet mit selten mehr als einer Boxershorts – welche Eltern von halbwüchsigen Jungs kennen das nicht? Und am Wochenende treffen sich manchmal mehrere von ihnen zum gemeinsamen Zocken; dann ist das ganze Haus voll mit müffelnden Jungs, die tägliche Körperpflege für Zeitverschwendung und Tiefkühlpizza für den Gipfel der kulinarischen Genüsse halten.

Und doch lief es bei Jon etwas anders. Ab und zu, wenn mir im Alltag Zeit und Muße zum Kühe holen fehlt, bitte ich Jon, das für mich zu tun, wozu er in der Regel auch bereit ist, sofern es zum zeitlichen Ablauf seiner Online-Spiele passt. Und beim Kühe holen machte er die spezielle Bekanntschaft der Kuh Obelix. Bei diesem Tier handelt es sich um eine Mischung der verschiedensten Rinderrassen; die Mutter, so vermute ich, hatte Schwarzbunt-, Jersey- und Angeliterblut in sich und wurde mit Sperma von einem Pinzgauerbull besamt. Das Ergebnis nannte ich Obelix. Sie ist jetzt eine junge Kuh, hat gerade ihr zweites Kalb bekommen und ist so ziemlich das zutraulichste Rindvieh, das mir je begegnet ist. Nicht nur, dass sie gestreichelt werden will, immer und überall, wenn man ihr im Stall oder auf der Weide begegnet – nein, sie folgt einem auf der Weide überall hin, nur, um gestreichelt zu werden, und sie ist keinesfalls bereit, Richtung Melkstand zu gehen, wenn man sie nicht ganz subtil in diese Richtung streichelt.

Ulkipigerweise ist Jon von Obelix total fasziniert. Eine so kuschelsüchtige Kuh ist eben etwas Besonderes. Neulich wollte ich ihn mal wieder bitten, die Kühe zu holen. Normalerweise stehe ich dann unten im Flur und brülle die zwei Stockwerke hoch, aber es kam keine Antwort. Also ging ich die Treppen hoch, vermutend, Jon habe Kopfhörer auf und hörte mich nicht. Aber sein Zimmer war leer. Ich musste selber los, zur Weide, und fand meinen Sohn dort, in inniger Umarmung mit Obelix. Da haben sich aber zwei gefunden. Andere Vierzehnjährige haben Katzen oder Köter; Jon hat eine Kuh. Er hat inzwischen sogar etwas Farbe bekommen. Vielleicht sind Hopfen und Malz doch noch nicht verloren.



Hoffentlich viel Glück mit dem Leguminosenanbau

Foto: Menzler/BLE

## Russland verstehen

**W**ie ist es um die politische Kultur eines Landes bestellt, in der ein Begriff wie „Russlandversther“ zur Stigmatisierung und Ausgrenzung taugt? Muss man nicht erst einmal etwas verstehen, bevor man es beurteilen kann? Verstehen heißt doch nicht automatisch für gut befinden. Wer etwas versteht, begreift Zusammenhänge, kennt Hintergründe und hat auf dieser Basis die Chance zu erklären, was vorgeht und warum.“ Nachdem ich dieses fundierte Buch der Journalistin, langjährigen ARD-Moskau-Korrespondentin und Russland-Expertin Gabriele Krone-Schmalz gelesen habe, misstraue ich vielen Medieninformationen und Politiker-

sprüchen zum Ukraine-Konflikt und zur Rolle Russlands und der EU noch mehr und versuche umso mehr, mich in diesen hochbrisanten Fragen weniger Vereinnahmen zu lassen – von keiner Seite. Ich würde mich freuen, wenn ganz viele dieses informationsreiche und gut lesbare Buch lesen würden. *en*

*Gabriele Krone-Schmalz, Russland verstehen – Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens. Verlag C.H. Beck, München, 2015, 176 Seiten, 14,95 Euro.*



MICHAEL LÜDERS

## Wer den Wind sät Was westliche Politik im Orient anrichtet



## Westliche Politik, Al-Qaida und IS

**D**ieses Buch sollte wirklich jeder lesen: Der ZEIT-Korrespondent Michael Lüders beschreibt die westlichen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten seit der Kolonialzeit und deren fatale Folgen für die aktuelle politische Situation. Das Buch liest sich wie ein Polit-Thriller – nur leider beschreibt es die Realität. Das iranische Verhältnis zum Westen versteht nur, wer den – wegen Erdölinteressen – von US- und britischen Geheimdiensten eingefädelt Sturz des demokratischen Ministerpräsidenten Mossadegh im Jahr 1953 berücksichtigt. Ohne den Irakkrieg von 2003, ohne die Rolle der USA in

Saudi-Arabien, Afghanistan, Somalia, Syrien etc. lassen sich die „gescheiterten Staaten“ und die Erfolge von Bin Ladens Al-Qaida und des „Islamischen Staates“ nicht begreifen. Wer wissen will, wie in der Region (und auch in der Religion) alles mit allem zusammenhängt, der greife zu diesem Schwarzbuch der westlichen Politik im Orient. *en*

*Michael Lüders, Wer den Wind sät – Was westliche Politik im Orient anrichtet. Verlag C.H. Beck, 6. Auflage 2015, 175 Seiten, 14,95 Euro.*

## Als mein Vater ein Busch wurde

**W**as passiert, wenn die einen beginnen, gegen die anderen zu kämpfen? Aus Kindersicht erzählt Joke van Leeuwen von Krieg und Flucht – und das ganz einfühlsam, ruhig und verständlich. Todas Vater war Bäcker. Und dann muss er weg, um die einen gegen die anderen zu verteidigen. Aus einem Buch weiß Toda, dass es dabei wichtig ist, sich zu tarnen, z. B. als Busch. Sie selbst bleibt bei ihrer Oma. Doch dann ist der Krieg so nah, dass es zu gefährlich für ein Kind wird. Deshalb schickt die Oma Toda auf die Flucht: sie soll über die Grenze gehen, nach woanders, wo ihre Mutter wohnt. Der Weg nach woanders ist weit, voller Begegnungen mit anderen

Menschen und deren eigenem Umgang mit der Situation. Und wie mag es dem Vater ergehen? Ein ernstes, aber nicht bedrückendes Buch, das es mit Sprachwitz und ganz besonderen Bildern schafft ein Stück weit verstehen zu helfen. *cw*

*Joke van Leeuwen, Als mein Vater ein Busch wurde – und ich meinen Namen verlor, 119 Seiten, gebunden, ISBN: 978-3-8369-5467-9, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2012, empfohlen ab 10 Jahren, 12,95 €, zu beziehen über den Abl Verlag*





# Bäuerliche Nachrichten auch online

Für alle, die sich zwischen den Ausgaben der Unabhängigen Bauernstimme rund um die Agrarpolitik, Marktgeschehen und internationale Entwicklungen informieren möchten, gibt es jetzt die bäuerlichen Nachrichten aus der Landwirtschaft. Die Nachrichten werden in einem wöchentlichen Nachrichtenbrief aus

der Redaktion der Unabhängigen Bauernstimme zusammengestellt und per e-mail versendet.

Lesen Sie die aktuellen Nachrichten auf: [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

Hier können Sie sich auch zum kostenlosen Nachrichtenbrief anmelden



## Französische Bauern zu Besuch

Auf ihrer Rundreise kamen Mitglieder der Confédération paysanne auch bei ihren Kollegen in Bayern vorbei.

In der „Bauernstimme“ hatte der französische Landwirt und Mitglied der Confédération Paysanne, Laurent Cartier die Adresse der AbL Bayern ausfindig gemacht. Als Praktikant war Laurent auf verschiedenen Höfen in Deutschland und spricht deshalb gut deutsch. Er organisierte eine Rundreise für Kollegen und Freunde durch Tschechien und Österreich. Auf dem Rückweg besichtigte die Gruppe die Biogasanlage von AbL-Mitglied Hubert Miller.

Die Anlage mit einer elektrischen Leistung von 330 KW wird von fünf teilhabenden Biobauern mit insgesamt 300 Hektar Nutzfläche betrieben. Weitere sieben Kollegen liefern Klee gras an und bekommen als Gegenleistung eine entsprechende Menge Gärrest zurück. Lange hatten Miller und seine Kollegen nach einer sinnvollen Nutzung des für Fruchtfolgen im Öko-Landbau sehr vorteilhaften Klee grasses gesucht. Die Ren-

tabilitätsberechnungen für den Bau von Rinderställen waren nicht ausreichend positiv, so dass man sich schließlich für die Biogasanlage entschieden hatte. Der Hauptzweck der Anlage sei also nicht die Stromproduktion, sondern die Verwertung des Klee grasses, welches nicht nur Stickstoff aus der Luft sammelt, sondern auch noch den Boden gut durchwurzelt und die Äcker weitgehend von Unkraut befreit. Diese Zielsetzung unterscheidet die Bio-Biogasanlage von den meisten anderen Anlagen, die nur der Stromproduktion dienen und fast ausschließlich mit Mais betrieben werden.

Für die Vergärung von Klee gras ist die standardisierte Technik jedoch nur bedingt geeignet, erklärte Hubert Miller. Durch den höheren Trockensubstanzgehalt entstünden Schwimmdecken und auch die Einbring- und Rührtechnik lief von Anfang an nicht störungsfrei. Hier waren viel Eigenleistung

und konstruktive Änderungen im Lauf der Jahre notwendig.

Die Abwärme kann teilweise für die Trocknung von Getreide und Hack schnitzeln genutzt werden. Die Zukunftspläne befassen sich mit der Trocknung von Klee gras zum Verkauf als Eiweißfutter. Auch die Umwandlung des Ammoniumstickstoffes im

Gärrest in pflanzenverfügbaren Nitratstickstoff soll in den nächsten Jahren verwirklicht werden. Ein gemeinsames Mittagessen bildete den Abschluss dieser interessanten Begegnung.

Josef Schmid,  
AbL-Bayern



Vor der Rückreise wurde auf der Fuhrwerkswaage noch das „Gesamtgewicht“ festgestellt. Von links: Sebastian Sonner, Josef Schmid, Hubert Miller. Im Vordergrund unter der Gewichtsanzeige der Organisator Laurent Cartier. Foto: AbL-Bayern

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit - 22,00 €  2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

#### Matthias Stührwoldt

**Das wahre Landleben!**

**Bücher:**

- .... 11,00 € - Bauernparty
- .... 11,00 € - Nützt ja nix
- .... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- .... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- .... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- .... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

**CD:**

- .... 10,00 € - König Silo
- .... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- .... 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- .... 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

#### Bodenpolitik in Ostdeutschland

- .... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- .... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- .... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
- ....je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- .... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- .... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2015:

[www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen](http://www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen).

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de),

Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS September ist der 19. August 2015.**

### Tiere

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

### Sonstiges

• **Solidarische Gemüseagrarergemeinschaft** in Schleswig-Holstein, Raum Bad Segeberg, Plön, Neumünster sucht Mitglieder. Infos unter: [info@wilde-kost.de](mailto:info@wilde-kost.de)

### Hof und Arbeit

• **Der Reyerhof** in Stuttgart - sucht für die Saison 2015/16 eine Auszubildende für die Landwirtschaft. Unser Hof bewirtschaftet 40 ha am Stadtrand von Stuttgart. Herzstück des Hofes ist seine zehnköpfige Milchviehherde. Auf unseren Feldern, und in unseren drei Gewächshäusern wachsen Getreide, Kartoffeln, Ackerbohnen, Klee gras und Gemüse. Vermarktet wird über unseren Hofladen und eine Solidarische Landwirtschaft. Kontakt: [hof@reyerhof.de](mailto:hof@reyerhof.de) ☎ 0711 711890.

**Preiswert europaweite Transporte!**  
[www.spedition-klaus-rundt.de](http://www.spedition-klaus-rundt.de)  
[www.rundt-holz-pellets-briketts.de](http://www.rundt-holz-pellets-briketts.de)  
[Spedition@Klausrundt.de](mailto:Spedition@Klausrundt.de)  
☎ 04188/89 30-0

## Veranstaltungen

### Hoffest Reyerhof

12. 07. 2015, Stuttgart  
Der Reyerhof in Stuttgart feiert 60 Jahre Demeteranbau. Neben Vorträgen, Führungen, Kinderprogramm sowie gutem Essen und Trinken wird es auch einen Büchertisch des Abl-Verlages geben.

Infos und Adresse unter: [www.reyerhof.de](http://www.reyerhof.de)

### Zukunft der Nutztierhaltung

16. 07. 2015, 19.00 Uhr, Kiel  
Diskussionsveranstaltung zum Thema: Unsere Nutztiere – Wohin steuert der Norden? Referenten und DiskussionsteilnehmerInnen: Robert Habeck Landwirtschaftsminister Schleswig-Holstein und Prof. Dr. Harald Grethe, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung, Universität

Hohenheim, sowie Dietrich Pritschau, Schweinehalter und Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin.

Ort: Landtag Schleswig-Holstein, Konferenzsaal (Raum 142), Anmeldungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70 · 24105 Kiel, Tel.: 0431 988-1500 · Fax 0431 988-1501

### Böden unter Druck

17. 07. 2015, Witzenhausen  
Der Hochschulverband Witzenhausen e.V. veranstaltet in Kooperation mit dem Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel in Witzenhausen ab 13 Uhr eine Tagung zum Thema Boden: „Die Herausforderung an die Böden im 21. Jahrhundert“. Referenten: Prof. Dr. Rainer Horn, Abteilung Bodenkunde, Universität Kiel, Prof. Dr. Rainer Georg Jörgensen, Fachgebiet Bodenbiologie und Pflanzenernährung, Universität Kassel, Praktiker Josef Braun, Biolandhof Braun, Freising und Agrarjournalist Dr. Wilfried Bommert.

Ort: Universität Kassel in Witzenhausen, Kleine Aula, Nordbahnhofstrasse 1a, Witzenhausen, Informationen: [www.uni-kassel.de/fb11agr/hochschulverband-witzenhausen/aktuelles](http://www.uni-kassel.de/fb11agr/hochschulverband-witzenhausen/aktuelles).

### Volmar von Kuenheim

Das Herz von unserem Abl-Mitstreiter Volmar von Kuenheim aus Liebenau wollte nicht mehr schlagen. Unerwartet starb Volmar am 3. Juni, kurz vor seinem 63. Geburtstag. Volmar war „Stammgast“ auf den niedersächsischen Abl-Landesversammlungen, auf vielen Veranstaltungen und fast immer auch in Altenkirchen auf der Bundesversammlung. Als studierter Landwirt und landwirtschaftlicher Lehrer brachte er Praxis und Theorie zusammen. Kein Mensch der lauten Töne, eher leise, nachdenklich. Er praktizierte den Ökolandbau, liebte die Bienen und die Wildkräuter. So manche Altenkirchener Nacht wurde lang für ihn, weil er gerne mit anderen Menschen über den landwirtschaftlichen Tellerrand hinaus diskutierte. Immer aber auch Partei ergreifend für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft – so wird er in Erinnerung bleiben.

Georg Janßen

### Lehrfahrt ins Zillertal

11. bis 13. 09. 2015

Der Verband der Landwirte im Nebenberuf - Bayern lädt ein zu einer mehrtägigen Lehrfahrt ins Zillertal. Besichtigt werden

- das Landgut Zapfenhof und die dazugehörige Alm
- der Kiendlerhof Schörmis
- der Lengauhof Ginzling
- der Paulerhof- Hippach

Um eine baldige Anmeldung unter Tel. 08551 4724 oder Fax 08551 911464 oder: [info@nebenberufswirte-bayern.de](mailto:info@nebenberufswirte-bayern.de) wird gebeten. Es können auch Nichtmitglieder teilnehmen.

### Vorankündigung

## TTIP & CETA STOPPEN! – Für einen gerechten Welthandel!

Bundesweite Großdemonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin



Alle Informationen zur Demo unter: [www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de)

Wetterfeste Plakate 10 Stk. für 50,- €, zzgl. Porto können weiterhin in der Abl Geschäftsstelle bestellt werden. Bestellungen per Fax: 02381-492221, Tel.: 02381-492288 email: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de)

## Ihr erfahrener Partner für Windprojekte!

Profitieren Sie von unserer Erfahrung aus 1.700 realisierten Windenergieanlagen. wpd ist Ihr Partner – von der Planung bis zum Betrieb.

**wpd onshore GmbH & Co. KG**

Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl

T. 07142 / 77 81-0

[akquise@wpd.de](mailto:akquise@wpd.de) [www.wpd.de](http://www.wpd.de)



**LEGUMINOSEN AUSGESÄT, UND DANN...**



Stellen Sie Ihre erwartete oder reale Erntemenge unverbindlich in die Warenbörse ein!

Wir unterstützen Sie bei der Vermarktung! Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

[www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de](http://www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de)

05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

### Solawi-Fortbildung auf Hof Tangsehl

31.07. – 02.08.2015

Wie kann ich eine Solidarische Landwirtschaft starten? Welche Möglichkeiten bietet diese Wirtschaftsart? Was daran ist mehr als Direktvermarktung? Wie kriegen das andere schon gut hin?

Anmeldeschluss: 15.7.2015; Teilnehmerzahl: 10-20 Teilnahmegebühr: 190,-€ (Material, Organisation; einfache Unterkunft/ Zelten auf dem Hof; vegetarische Vollverpflegung)

Anmeldung und Fragen an: [solawi\\_werkstatt@posteo.de](mailto:solawi_werkstatt@posteo.de)



Feldtag in Kooperation mit dem Projekt „Sojanetzwerk der LWK NRW“

16. Juli 2015: bei Benedikt Sprenker, 59269 Beckum

Dr. Luiz F.P. Massucati Abl-NRW e.V.

„Vom Acker in den Futtertrog - Zukunftsweisende Eiweißfuttermittelversorgung für NRW“, Tel.: 02381 9053170, email: [massucati@abl-ev.de](mailto:massucati@abl-ev.de)

Das Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ wird gefördert durch die



### Abl Termine

Weitere Termine, Treffen und Stammtische unter: [www.abl-ev.de/termine](http://www.abl-ev.de/termine)





### Ausstellung HOFGESCHICHTEN

Vom 3. Mai – 31. Oktober 2015 bietet die Ausstellung HOFGESCHICHTEN mit Fotografien, individuellen Hof-Exponaten und Interviewtexten den Blick auf 18 ausgewählte Höfe der Region nördlich von Kassel. Was wären die Dörfer ohne ihre Höfe? Nun, einfache Landsiedlungen! Hofgeschichte ist Kulturgeschichte und es lohnt sich, den Blick auf die individuellen Biografien und die Vielfalt „höfischen“ Lebens zu werfen. Welche Voraussetzungen gab es und wie ist die Entwicklung bis heute? Wie hat man auf die sich ständig wandelnden Bedingungen reagiert? Welche Wege wurden eingeschlagen?

Am 18. Oktober 2015 (15 Uhr) berichten Josef Jacobi (Körbecke) und Heiner Range (Kassel) im Erzählcafé unter dem Thema „Power to the Bauer“ von ihrem bauernpolitischen Engagement. Politisch agieren, ohne parteipolitisch zu sein – die Bürgerbewegungen einer zunehmend kritischen Gesellschaft bewegten auch die jungen Bauern ab den 1970er Jahren. Das Engagement für eine nachhaltige Landwirtschaft mit entsprechenden Rahmenbedingungen besonders kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe führte 1980 zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.“ als Kontrapunkt zum Deutschen Bauernverband. Manchmal mit einem Traktor nicht nur zu pflügen, sondern auch seine Meinung vertreten – auch von der einen oder anderen Aktion berichten die beiden Erzähler. Das ist spannende Zeitgeschichte und Hofgeschichte zugleich. Erzählcafés haben die Aufgabe, wie früher an einer Kaffeetafel, Geschichte lebendig weiterzugeben.

Ort: *Wasserschloss Wülmersen, 34388 Trendelburg*



### Impressum **unabhängige Bauernstimme**

**Anschritt:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 Christine Weißenberg: 02381-492210  
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** Lensing Druck Gruppe, Harkortstraße 6, 48163 Münster

### ABL Bundeskontakte

**Bundesgeschäftsstelle:**  
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**  
 Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273  
**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
 Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de  
**Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:**  
 Luiz Massucati, Tel.: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de  
**Internationale Agrarpolitik:**  
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de  
**Eiweißfutter aus Niedersachsen**  
 Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

### ABL Mitgliedsantrag

### Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der ABL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 101,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 136,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 46,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 71,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_  
 Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

### ABL Landeskontakte

#### Schleswig-Holstein

**Ansprechpartner Sprecherrat**  
 Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

#### Niedersachsen

**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südniedr.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de  
**Weser-Ems:** Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

#### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

#### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

#### Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de  
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de  
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

#### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

#### Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle Landesverband:** Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Bodensee:** Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de  
**Oberschwaben:** Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

#### Bayern

**Landesverband:** Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de  
**Allgäu:** Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480  
**Erding – Ebersberg,** Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

#### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

**Landesverband:** Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)  
**Sachsen Anhalt:** Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de  
**Thüringen:** Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;  
 Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;  
 Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle: \_\_\_\_\_ Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092  
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Landwirtschaft am Wegesrand

Anfang Mai, um sieben Uhr früh, verabschiedeten wir, Bruno Klümper und Martin Ramschulte, uns von den Familienklans und los ging's. Bruno und ich hatten uns vorgenommen, von Schöppingen aus über Brüssel, Paris, Bordeaux, Saint-Jean-Pied-de-Port, Pamplona, Burgos, Leon nach Santiago de Compostela zu radeln – mit dem Weg als Ziel, denn unterwegs kann man vieles miterleben, hören und sehen. Wir rechneten mit insgesamt 2.700 Kilometern und wollten täglich 120 Kilometer schaffen. Mein Sohn Christof, der als staatlich geprüfter Landwirt auf einem hochmodernen, an Ackerland gebundenen landwirtschaftlichen Betrieb in unserer direkten Nachbarschaft fest angestellt ist, bewirtschaftet unsere Vollerwerbslandwirtschaft mit 950 Schweinemastplätzen in meiner Abwesenheit so nebenbei mit und testet schon mal den Nebenerwerbsbetrieb.

Auf dem gut 110 Kilometer langen Weg durch Deutschland sahen wir einige große Kuhställe mit dazu passenden, intensiv gedüngten Grasflächen und frisch begüllte, vor einigen Tagen bestellte Maisfelder. Gemüsebauern und Baumschulen finden in dieser flachen Gegend auch ihr Auskommen. Eine ähnliche Struktur, aber mit mehr Gewächshäusern, gibt es im vorderen Holland. Dort sahen wir auch kleine und große Kuhherden auf Weiden, mit Schutz vor der Sonne an heißen Tagen. In Belgien radelten wir bis Brüssel hauptsächlich an Kanälen entlang, was bisweilen recht eintönig wurde. Wir sahen oft abgewirtschaftete landwirtschaftliche Betriebe, die mit 2.000 Schweinemastplätzen, 300 Sauen oder 120 Kühen nicht weiter aufstocken. Sie werden wohl den auf Wachstum setzenden Industriebetrieben die Produktion überlassen.

Der Gesang der Singvögel begleitete uns an Weg- und Straßenrändern mit Bächen, Flüssen, Hecken und Brachland – auf Wirtschaftswegen war davon weniger zu hören. Unser Weg führte direkt an Paris vorbei. Anschließend wurden die Ackerflächen immer größer. Auch hier wird nur ein Minimum Ackerrandstreifen übrig gelassen und der wird teilweise noch mit Roundup totgespritzt. Die Landwirte haben auf

den schier unendlichen Schlägen wohl Arbeit genug und keine Zeit mehr übrig für die Tierhaltung, denn in dieser Gegend sind keine Ställe zu sehen. Wenn es hier eine an Ackerland gebundene Tierhaltung gäbe, wäre die Mistverwertung kein Problem. In Belgien und Frankreich legen die Landwirte wenig Wert auf propere Höfe und haben ihre Maschinen zu 80 Prozent draußen stehen. Die Krähen, Dohlen und Elstern scheinen überall geschützt zu werden, denn auch hier halten sie die Gegend frei von Rebhühnern, Hasen und anderem Niederwild. Diese armen Geschöpfe



kämpfen schon mit dem Größenwahn im Ackerbau und haben mit den so genannten „Tierschützern“, die das Bejagen der Räuber in der Tierwelt stark beschränken,

ein weiteres Problem – das führt zu einer bitteren, unnötigen Gefahr für die Artenvielfalt. Hier ist eigentlich der Sachverstand der Weidmänner gefragt.

In Südfrankreich fuhren wir über unendliche, schnurgerade gute Straßen und durch leblose kleine Dörfer den Pyrenäen entgegen. Zirka 100 Kilometer vor Saint-Jean-Pied-de-Port war die Welt noch einmal in Ordnung, denn wir fuhren über Berge und durch Täler mit Kräuterwiesen, Kühen, Schafen und Ziegen.

In Pied-de-Port, am Anfang des offiziellen Jakobs-

radwegs, besorgten wir uns das Pilgerbuch, um auf den vor uns liegenden 875 Kilometern möglichst viele Stempel und Einträge zu bekommen. 100 Kilometer laufen oder 200 Kilometer radeln gilt als gepilgert. Bis zu diesem Ort waren wir an zwölf Tagen 1.573 Kilometer geradelt, waren damit so richtig am Puls der Zeit und atmeten meistens frische Luft. Hinter Pamplona, in der Nähe von Estella sahen wir viele „kleine“ Getreidefelder auf gutem Boden, ohne Beregnung. Immer mehr Olivenbäume tauchten auf und die Höhe der Berge hält sich hier in Grenzen. In den

Pyrenäen waren weit über 800 Höhenmeter zu überwinden. Knapp 300 Kilometer vor Santiago forderten uns die beiden höchsten Berge auf unserem Weg noch einmal richtig heraus: 25-30 Kilometer nur hoch, aber auch ruck, zuck herunter. So schafft man dann noch eine stattliche Strecke. Für die Kraxelei an den Bergen entschädigte uns immer eine wunderbare Landschaft, oft von Menschenhand unberührt, einfach nur schön!

Gut 150 Kilometer vor unserem Ziel kamen wir uns vor wie im Münsterland. Auch hier wurde fleißig Schweinegülle auf den Äckern und auf abgeerntete Wiesen ausgefahren, und das mit Pralltellern bei wolkenlosem Himmel. Ich glaube, dass die dortigen Mastställe hier im Münsterland wohl nicht genehmigt würden. Aber der

dort produzierte Serranoschinken wird bei uns gern gegessen und der Münsterländer Schinken ist in Spanien beliebt. So wie mit den Schinkenspezialitäten ist es mit vielen Produkten auf der ganzen Welt: Sie müssen nach Diesel stinken. Am Pfingstsonntag erreichten wir nach 2.448 Kilometer radeln in 21 Tagen die Catedral de Santiago de Compostela, und das war ein unbeschreibliches Glücksgefühl zum Genießen. Ich danke dem Gott aller Menschen für die rundum gelungene Radtour. Bruno und ich kennen uns jetzt besser und uns sind viele nette Menschen begegnet, was eine große Bereicherung ist!

Martin Ramschulte,  
Schöppingen

## **unabhängige** Bauernstimme: weit gereist

07-08/2015

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.